

nur für 2,8 % der unter Dreijährigen. – Sie haben eben beschrieben: Da sitzen die unter dreijährigen Kinder vor dem Fernseher; es wäre mir lieber, wenn sie in guter Betreuung wären.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Armin Laschet^{*)}, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein, ich möchte das gerne zu Ende führen. – Sie könnten sich jetzt hier hinstellen und sagen: Ja, jetzt ist es so, und im Jahre 2010 werden 90.000 Kinder weniger vor dem Fernseher sitzen, wenn Ihre Analyse stimmt, als zu der Zeit, als wir die Regierungsverantwortung getragen haben. – Das wäre eine Bilanz zu dem Bericht, der im Jahre 2005 erschienen ist, und zu dem, was wir gemacht haben. Aber dafür gibt es selbst in einer Debatte, die eigentlich zur Sachlichkeit beitragen sollte, scheinbar keine Chance.

Sie sind gleich über den Ministerpräsidenten hergefallen, als er gesagt hat „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Natürlich sind 10 Millionen € vielleicht nicht genug; vielleicht könnten es auch 20 Millionen € sein. Aber wenn ein Ministerpräsident sagt, dass er sich dieses Thema vornimmt, dass er diesen Fonds gründet, dass er an die Kommunen appelliert, mitzuwirken,

(Beifall von der CDU)

dann könnten Sie doch einmal sagen: Das ist gut, Herr Rüttgers, 10 Millionen € für „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

(Norbert Killewald [SPD]: Das hat er doch gar nicht gesagt, Herr Minister!)

Nein, das Grundprinzip ist, herumzunörgeln und das zu kritisieren.

Das hätte Herr Steinbrück, das hätte Herr Clement auch machen können. – Der Jürgen Rüttgers macht es, und das ist anerkennenswert und ein Signal an die Gesellschaft.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf)

– Der Tagesordnungspunkt ist Kinderarmut und ob Kinder mittags etwas zu essen bekommen. Ich habe nicht gehört, dass Frau Asch den Ministerpräsidenten gelobt hat,

(Norbert Killewald [SPD]: Gestern war ein Antrag der Grünen, wo sie den Ministerpräsidenten gelobt hat! Da waren Sie wohl nicht da!)

aber ich besorge mir schleunigst das Protokoll zur Wochenendlektüre.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist interessant, dass Sie es früher kriegen als wir!)

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung, die den Finanzminister vielleicht interessieren könnte, schließen: Dänemark lag im 19. Jahrhundert nach verlorenem Krieg gegen England darnieder. Der König beschloss in dieser Situation,

(Britta Altenkamp [SPD]: Sein oder Nichtsein!)

den Haushalt für Kunst und Bildung zu erhöhen. Der Finanzminister protestierte. Der König aber antwortete: Arm und elend sind wir sowieso. Wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein.

(Beifall von der CDU)

Unser Glück ist: Wir haben einen Finanzminister, der so schlau ist wie der König, der nicht protestiert, sondern das Geld gerade in den Bereichen zur Verfügung stellt.

(Beifall von der CDU)

Der nächste Haushalt zeigt: mehr Geld für Kinder, mehr Geld für Bildung, mehr Geld für Ganztags Hauptschulen. Das ist auch ein Signal, Menschen aus Armut herauszuholen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/473** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4460

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So unterschiedlich können die Situationen an diesem Rednerpult sein. Im Oktober 2005 bei der Einbringung des zweiten Nachtragshaushalts für das Jahr 2005 musste ich eine Rekordnettoneuverschuldung von 7,4 Milliarden € ankündigen. Diese Milliarden – Sie erinnern sich – waren notwendig, um die unrealistischen Etatansätze der rot-grünen Vorgängerregierung zu korrigieren. Gottlob konnte dann dank Haushaltssperre und besser fließender Steuereinnahmen die tatsächliche Nettoneuverschuldung des Jahres 2005 auf 6,7 Milliarden € begrenzt werden und damit auf das Maß, das die Vorgängerregierung bereits in den Jahren 2003 und 2004 erreicht hatte.

Damals war auch schon absehbar, dass wir mit dem Haushalt 2006 bittere, aber nötige Zumutungen – im ganzen Land spürbare Einschnitte – durchführen mussten. So hatten wir es im Wahlkampf angekündigt, so ist es auch gekommen. Das waren mithin alles andere als erfreuliche Botschaften, die ich seinerzeit verkünden musste.

Nun – etwas mehr als anderthalb Jahre später und mit fast 4,4 Milliarden € Nettoneuverschuldung weniger – sieht das Bild schon anders aus. Gegenüber dem vom Landtag für das Jahr 2007 beschlossenen Haushalt wird die Nettoneuverschuldung nochmals von 3,2 Milliarden € auf 2,3 Milliarden € reduziert. Eine so niedrige Nettoneuverschuldung gab es in unserem Land zum letzten Mal im letzten Jahrtausend, nämlich im Jahre 1992. Innerhalb von gut anderthalb Jahren haben wir damit die Versäumnisse von 15 Jahren rot-grüner haushaltspolitischer Misswirtschaft wieder aufholen können. Das ist eine gute Botschaft für unser Land und die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich verspreche: Wir werden weiter aufholen.

Diese Entwicklung zeigt, dass der Kurswechsel zu einer neuen Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen richtig und nötig war. Sie zeigt, dass die Landesregierung finanzpolitisch die richtigen Weichen für

unser Land gestellt hat, und sie ist schließlich eindringliche Mahnung, den Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen. Nur dann werden wir zu einer wirklich nachhaltigen Haushaltswirtschaft kommen.

Im Jahr 2005 war der Landeshaushalt schon im dritten Jahr in Folge komplett aus den Fugen geraten. Von geordneten Staatsfinanzen konnte keine Rede mehr sein. Unrealistische Etatansätze ließen die Haushaltspläne eher wie ein Märchenbuch denn als eine verlässliche Planungsgrundlage erscheinen. Im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Schwierigkeiten hat die Landesregierung gleichwohl einen neuen finanzpolitischen Kurs angekündigt und sich konsequent auf den durchaus steinigigen Weg der Sanierung der Landesfinanzen gemacht. Der Landesregierung war dabei klar, dass das Umsteuern kurzfristig mit erheblichen und spürbaren Einschnitten verbunden sein würde, die Sie von der Opposition hier oft genug beklagt haben.

Aber wir waren und sind der festen Überzeugung, dass die neue Finanzpolitik langfristig zu soliden und stabilen Staatsfinanzen führen wird. Mit unserem klaren Kurs haben wir Wort gehalten, und es freut mich natürlich, dass die Menschen in unserem Land die positiven Wirkungen des Konsolidierungskurses sehen und verstehen können. Vom ersten Tag der neuen Finanzpolitik an war die Linie darauf ausgerichtet, trotz der Kürzungen, trotz der Sanierungsschritte und trotz der Einschnitte die Voraussetzung für eines zu schaffen: dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder Vertrauen in die finanzpolitische Berechenbarkeit und Verlässlichkeit des Staates zurückgewinnen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen wieder spüren, dass die staatlichen Institutionen sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, dem Steuergeld, umgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sorgsam heißt:

- erstens: solide und mit Augenmaß,
- zweitens: mit Gespür für die richtigen politischen Schwerpunkte,
- drittens: nachhaltig, also in Verantwortung auch für die kommenden Generationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik schafft keine Arbeitsplätze. Dafür sind in einem marktwirtschaftlichen System die Unternehmen zuständig. Die Politik muss aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen in unserem Land investieren und Arbeitnehmer leistungsbereit sind. Das schafft Arbeitsplätze. Hierfür

kann und muss der Staat, muss die Politik sehr wohl sorgen. Über diese Rahmensetzung ist eine Regierung auch für die Wirtschaftsentwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen mitverantwortlich.

Es ist Aufgabe der Politik, ein Klima des wirtschaftlichen Vertrauens zu schaffen: Vertrauen in einen Standort, Vertrauen in planbare Rahmenbedingungen und Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlichen Handelns. – Dieser Aufgabe kommt die Koalition der Erneuerung auch mit ihrer nachhaltigen Finanzpolitik für Nordrhein-Westfalen nach.

Mit dem geltenden Haushalt 2007 ist es bereits bei der Aufstellung gelungen, die Kreditverfassungsgrenze einzuhalten. Der Einstieg in Strukturveränderungen beim Landeshaushalt ist ebenfalls geschafft. Ohne weitere strukturelle Veränderungen wird es aber nicht gelingen, dauerhaft solide und nachhaltig zu wirtschaften und neuen Spielraum für den politischen Gestaltungsanspruch der Landesregierung zu gewinnen.

Zurzeit müssen wir 4,7 Milliarden € pro Jahr allein für Zinsen ausgeben. Wir zahlen also für die Fehler der Vergangenheit und können diesen Betrag nicht in die Zukunft investieren. Das zeigt, dass der Weg einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung noch lang ist.

Es bleibt unser Ziel, möglichst bald Haushalte mit einer Nettoneuverschuldung von null Euro aufzustellen. In überschaubarer Zeit wollen wir auch mit der Rückzahlung der alten Schulden beginnen, die seit Mitte der 60er-Jahre aufgehäuft worden sind.

Mit dem heute eingebrachten Entwurf des Nachtragshaushalts für das Jahr 2007 setzt die Landesregierung ihre finanzpolitische Linie fort, Steuermehreinnahmen nachhaltig und zur Senkung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.

(Beifall von der CDU)

Frau Walsken, wie ich Ihrer gestrigen Presseerklärung zum Haushalt des Jahres 2008 entnommen habe, wird es Ihnen entgangen sein, dass wir immer versprochen haben, Steuermehreinnahmen im Nachtrag zur Absenkung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.

Dass wir bei der Aufstellung eines Haushalts auch Steuereinnahmen für unabweisbare Ausgaben brauchen, ist wohl selbstverständlich.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, so kann man das auch machen!)

Insofern würde ich mir das mit dem Wortbruch an Ihrer Stelle noch einmal überlegen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja! So kann man sich herausreden, Herr Kollege! Das machen wir gleich!)

Erfreulicherweise ist die Senkung der Nettoneuverschuldung die wesentliche Ursache für die Aufstellung des Nachtragshaushalts. Das vom Arbeitskreis Steuerschätzung im Mai dieses Jahres vorgelegte Ergebnis zeigt, dass wir in diesem wie im kommenden Jahr mit erheblichen Steuermehreinnahmen gegenüber den bisherigen Planungen rechnen können.

Nach dem regionalisierten Ergebnis der Steuerschätzung werden gegenüber dem verabschiedeten Haushalt des Jahres 2007 die Steuereinnahmen für Nordrhein-Westfalen um 1,415 Milliarden € steigen. Wir kalkulieren für dieses Jahr daher mit Steuereinnahmen von insgesamt 39,95 Milliarden €. Gleichzeitig können die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich um 150 Millionen € reduziert werden. Die Steuermehreinnahmen und die Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich addieren sich somit auf 1,565 Milliarden €.

Wir halten an unserer Selbstverpflichtung fest, Steuermehreinnahmen nicht konsumtiv zu verwenden. Die gesamten Steuermehreinnahmen werden auf nachhaltige Weise im Haushalt des Jahres 2007 eingesetzt.

(Zuruf von der SPD)

Selbstverständlich verwenden wir den größeren Teil der Mehreinnahmen wie bei den Haushalten und Nachtragshaushalten der Vorjahre für die weitere Rückführung der Nettoneuverschuldung. Diese wird gegenüber dem beschlossenen Haushalt für das Jahr 2007 um 885 Millionen € von 3,23 Milliarden € auf 2,34 Milliarden € sinken. Damit setzen wir die Linie der vergangenen beiden Jahre fort.

Wir haben unter dem Gesichtspunkt des nachhaltigen Wirtschaftens aber auch die steigenden Versorgungspflichten des Landes im Blick. Sie drohen zum Sprengsatz für künftige Haushalte zu werden. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Pensions- und Versorgungsausgaben in den nächsten Jahren stark anwachsen werden. Diese Erkenntnis hat im Übrigen schon in der letzten Legislaturperiode alle Fraktionen des Landtags beschäftigt. Ich erinnere nur an den Versorgungsbericht und die aus ihm abgeleiteten Initiativen.

Nach den vorliegenden Modellrechnungen wird die Zahl der Versorgungsempfänger bis zum Jahr 2030 von derzeit etwa 153.000 auf rund 240.000

ansteigen. Schon ohne Berücksichtigung linearer Steigerungen der Versorgungsbezüge werden die Versorgungsausgaben in diesem Zeitraum von derzeit 4,5 Milliarden € auf über 7 Milliarden € pro Jahr anwachsen.

Bereits mit dem Versorgungsreformgesetz von 1998 ist daher die Einrichtung einer Versorgungsrücklage beschlossen worden, um den bevorstehenden Belastungen frühzeitig entgegenzutreten zu können. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das sind eigentlich Personalkosten. Das sind Sozialversicherungskosten, die eigentlich schon früher in jeden Haushalt hineingehört hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Versorgungsrücklage wird im Wesentlichen aus der Kürzung jeder Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 0,2 % gespeist. Beginnend im Jahr 1999 stieg die Zuführung zu dem Sondervermögen bis zum Jahr 2002 auf jährlich 0,8 %. Das sind diese 160 Millionen €, die wir jährlich eingestellt haben.

Mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 wurden die weiteren Erhöhungen ab 2003 jedoch ausgesetzt. Seitdem stagnieren die Zuführungen bei 0,8 % der Besoldungs- und Versorgungsbezüge pro Jahr. Mit der geplanten Einmalzahlung von 680 Millionen € wird die ausgesetzte Steigerung der Zuführung für das Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2010 ausgeglichen. Ende 2007 wird die Versorgungsrücklage unter Einrechnung der Einmalzahlung dann ein Volumen von rund 1,7 Milliarden € aufweisen. Trotz dieses gewaltigen Schrittes, liebe Kolleginnen und Kollegen, zahlen wir, wie Sie vorhin gehört haben, 4,5 Milliarden € pro Jahr. Jetzt haben wir eine Rücklage von 1,7 Milliarden €.

Diese Zuführung ist damit eine Investition in die Zukunftsvorsorge des Landes. Ich halte es für wichtig, jetzt Vorsorge zu betreiben und dafür einen Teil der Steuermehreinnahmen zu verwenden. Denn letztlich sind nicht gedeckte Versorgungspflichten nichts anderes als Schattenschulden.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir jetzt für eine Entlastung in der Zukunft sorgen, denken wir an die Lasten kommender Generationen. Das ist verantwortliche Politik im Interesse der Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, den Mehreinnahmen steht im Nachtragshaushalt eine Reihe von Mehrausgaben und Mindereinnahmen gegenüber. Ins-

gesamt handelt es sich dabei um ein Volumen von rund 130 Millionen €. Die wesentlichen Blöcke der Mehrausgaben umfassen folgende Punkte:

Für die Beseitigung der Sturmschäden durch den Orkan Kyrill hat die Landesregierung ein Sonderprogramm mit einem Volumen von insgesamt 100 Millionen € aufgelegt. Den betroffenen Waldbesitzern und Regionen wird auf vielfältige Weise schnell geholfen. Insbesondere wird der Wiederaufbau der touristischen Infrastruktur unterstützt. Im Nachtragshaushalt werden dafür insgesamt 15 Millionen € bereitgestellt.

Ferner erhalten die Kommunen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs eine Nachzahlung von 18,4 Millionen € aus der Abrechnung der Kompensationsleistungen für das Jahr 2006.

Schließlich wird das Land Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 einen Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ einrichten. Kindern aus unterstützungsbedürftigen Familien wird es damit ermöglicht, am Mittagessen in einer Ganztagschule teilzunehmen. Der Fonds umfasst 10 Millionen € pro Schuljahr und ist zunächst auf zwei Jahre befristet.

Im Bereich der Konzessionseinnahmen müssen wir Rückgänge auf der Einnahmenseite hinnehmen. Die Einnahmen aus dem Zahlenlotto, der Lotterie Keno, der Zusatzlotterie Super 6 und Plus 5 sinken um zusammen 65,6 Millionen €.

Wie schon in den Vorjahren und entsprechend unserer finanzpolitischen Leitlinie werden diese Mindereinnahmen und Mehrausgaben nicht aus den Steuermehreinnahmen gedeckt. Daher werden die 130 Millionen € durch Minderausgaben an anderer Stelle erwirtschaftet.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine alte Volksweisheit sagt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! – Danach verfahren wir auch beim Nachtragshaushalt 2007. Dank der Sparmaßnahmen und der Steuermehreinnahmen hat sich die Haushaltssituation in unserem Land auch bereits erfreulich entspannt.

(Gisela Walsken [SPD]: Aber auch nur deshalb!)

Gleichwohl bleibt es dabei: Es ist nicht die Zeit, die Spendierhosen anzuziehen. Geld für neue Begehrlichkeiten kann und wird es nicht geben. Finanzieller Spielraum besteht nur in dem Umfang, in dem Aufgaben und Ausgaben wegfallen.

Andere Länder konnten früher mit den Strukturveränderungen und der Haushaltskonsolidierung beginnen. Sie haben das auch getan. Erst seit dem Jahre 2005, dem Beginn der neuen Finanzpolitik für Nordrhein-Westfalen, ist bei uns ein neuer Kurs eingeschlagen worden. Wir haben schon beträchtlich aufgeholt. Das zeigt die niedrigste Nettoneuverschuldung seit 15 Jahren.

Dennoch sind uns andere Länder voraus. Die Zahl der Länder mit ausgeglichenem Haushalt oder gar Haushaltsüberschüssen wird im nächsten Jahr deutlich zunehmen. Wir als größtes Bundesland dürfen da auf Dauer gerade auch im Interesse unserer Kinder und Enkel nicht zurückstehen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden deshalb unseren Kurs fortsetzen. Die positiven Signale seit dem Haushalt 2006 sind Ansporn genug, für neue Spielräume zu arbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Finanzpolitik mit Augenmaß zu diesem Ziel führen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister, für die Einbringung des Nachtragshaushalts 2007.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Börschel das Wort. Bitte schön.

(Volkmar Klein [CDU]: Der kann eigentlich nur zustimmen! – Gegenruf von der SPD: Warten Sie einmal ab!)

Martin Börschel^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister! Helmut Linssen, der ehrliche Kaufmann.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

– Das wird sich bei Ihnen gleich geben.

Der eiserne Helmut, der mit der Pickelhaube gegen die Begehrlichkeiten der Kollegen im Kabinett zu Felde zieht und, wie wir gerade gelernt haben, nach der Beförderung des Kabinettkollegen Lасhet auch noch zum König erhoben wird. Der große Strahlemann des Kabinetts! Herr Linssen, was haben Sie sich nicht für eine Mühe gegeben, ein solches Bild von sich selbst zu zeichnen oder zeichnen zu lassen!

Das ging – das muss man Ihnen zugestehen – fast zwei Jahre lang einigermaßen gut. Sie konnten Ihr Glück kaum fassen. Ich kann mir durchaus

vorstellen, dass Sie die eine oder andere Kerze aufgestellt und dem lieben Gott für die wirklich unverhofften Steuer mehr Milliarden gedankt haben, mit denen Sie selbst so gar nichts zu tun haben, sondern die einfach über Sie hereingebrochen und Ihnen zugute gekommen sind.

(Bernd Schulte [CDU]: Nur kein Neid!)

– Überhaupt nicht! Im Rheinland sagt man: Man muss auch jönnen können! Das gilt selbstverständlich auch für den Finanzminister, wenn er denn seinem selbst gebastelten Image gerecht würde.

Auch die geneigte Öffentlichkeit war ja bereit, diese mühsame Eigenwerbung vom ehrlichen Kaufmann zu glauben – ganz nach dem Motto: Wer so viel Glück hat, der wird es irgendwie verdient haben. – Auch das gehört zur rheinischen Mentalität, dies so zu goutieren.

Aber, Herr Finanzminister, Sie hätten besser den alten Grundsatz der Werbewirtschaft bedacht, nach dem auf Dauer Werbung für ein Produkt nur dann etwas nützt, wenn das Produkt hält, was es verspricht.

(Beifall von der SPD)

Genau das ist Ihr Problem, Herr Finanzminister.

Man muss zugeben, dass Sie in den letzten Wochen schlicht und einfach keinen guten Lauf hatten. Das kann jedem einmal passieren und ist in Ihrem Fall besonders unangenehm.

(Christian Möbius [CDU]: Die SPD hatte wohl einen ganz besonders guten Lauf!)

– Na, Herr Kollege Möbius, warten Sie doch ab, welche Beiträge wir alle noch leisten können.

Im Haushalts- und Finanzausschuss müssen Sie sich, Herr Finanzminister, des Eindrucks erwehren, Sie hätten dem Ex-Geheimagenten Mauss in einer Steuersache Vorteile verschafft.

(Lachen von der CDU – Christian Weisbrich [CDU]: Du lieber Himmel! – Gisela Walsken [SPD]: Dumm gelaufen! – Weitere Zurufe)

Sie errichten um die WestLB eine Mauer des Schweigens, wo eigentlich Transparenz angebracht wäre.

(Lachen von der CDU – Christian Weisbrich [CDU]: Du lieber Himmel! – Weitere Zurufe)

Dann kommen – das zum eigentlichen Thema – zwei scheinbar völlig belanglose Nachtragshaushalte, die endgültig und schonungslos offenlegen, dass Ihr schönes Image dahinschmilzt wie Eis in der Mittagssonne.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Schon Ihren ersten Nachtragshaushalt 2005, Herr Finanzminister, haben Sie völlig vergeigt. Das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen musste Ihnen ins Stammbuch schreiben, dass Sie glatten Rechtsbruch begangen haben, und es musste diesen Nachtragshaushalt 2005 schlicht und einfach für nichtig erklären.

(Christian Weisbrich [CDU]: Du lieber Himmel! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Herr Kollege Weisbrich, ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen, Sie haben doch die Verfassungsrichter des Landes mit gewählt. Das waren doch fast einstimmige Wahlen. Wenn die Ihnen und dem Finanzminister eine solche Klatsche geben, können Sie das nicht dem Redner ankreiden, der die Botschaft verkündet,

(Christian Weisbrich [CDU]: Ich bin enttäuscht von Ihnen! – Weitere Zurufe)

sondern Sie müssen das Ihrer Politik bzw. der Politik Ihres Finanzministers ankreiden!

(Beifall von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Das Urteil ist nicht bebildet! – Weitere Zurufe)

Es bleibt schlicht und einfach festzuhalten: wieder ein dicker Kratzer an diesem schönen Image! Denn Verfassungsbruch will so gar nicht zu einem ehrlichen Kaufmann, wie Sie einer sein wollen, passen.

Statt vorsichtiger zu werden, unterläuft Ihnen mit diesem Nachtragshaushalt 2007 der nächste Lap sus. Eigentlich – das haben Sie gerade darzulegen versucht – gibt es einen schönen Anlass, nämlich etwas mehr als 1,4 Milliarden € Steuer mehrerinnahmen. Was tut man damit?

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Am besten ausgeben!)

Das fragen wir uns nicht nur in diesem Hause, sondern das fragen sich auch die Menschen draußen im Land. Man tut am besten das, was man vorher angekündigt hat. In Ihrem Fall, Herr Finanzminister, heißt das: Rüstung anziehen, sanieren und Schulden abbauen! Dazu passt Ihre Einbringungsrede im Plenum zum Nachtragshaushalt des Jahres 2006. Ich darf mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident, zitieren. Sie haben am 16. November vergangenen Jahres folgende, im Ergebnis wegweisende Sätze gesagt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,“

(Gisela Walsken [SPD]: So weit richtig!)

– Jawohl, so weit richtig!

„die Landesregierung hält an ihrem Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung fest.“

Das Protokoll vermerkt da einen etwas einsamen Beifall des Kollegen Engel.

(Heiterkeit von Gisela Walsken [SPD] – Demonstrativer Beifall von Dr. Jens Petersen [CDU])

– Ja, bitte sehr. Aber das wird Ihnen im Halse stecken bleiben. Sie werden zu einer ruhigen Hand zurückkehren, Herr Kollege Dr. Petersen, wenn Sie nämlich die weiteren Sätze hören.

„Die haushaltspolitische Leitlinie, an der sich der Nachtrag orientiert, ist daher folgende:

Erstens. Die Steuermehreinnahmen und die Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich werden vollständig zur Absenkung der Netto neuverschuldung eingesetzt.“

(Sören Link [SPD]: Oh! – Gisela Walsken [SPD]: Hört, hört!)

„Zweitens. Die zwangsläufigen Mehrausgaben werden in vollem Umfang durch Minderausgaben beziehungsweise durch nicht steuerliche Mehreinnahmen gedeckt.“

Und Sie fahren im weiteren Verlauf Ihrer damaligen Einbringungsrede fort:

„Über zusätzliche Wohltaten brauchen wir uns daher bis auf Weiteres keine Gedanken zu machen.“

So weit vorläufig das Zitat.

Was tun Sie heute, gemessen an dem, was Sie damals gesagt haben? Sie verfahren nach dem Adenauerschen Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Wer Ihnen eben bei der Rede, wie ich es für mich in Anspruch nehme, genau zugehört hat, wird nicht nur zwischen den Zeilen, sondern recht ausdrücklich einen ziemlich deutlichen Kurswechsel wahrgenommen haben, den Sie für die Landesregierung und wahrscheinlich auch für die sie tragenden Koalitionsfraktionen verkündet haben. Denn von dem, was Sie noch beim Nachtrag 2006 gesagt haben, ist nicht mehr viel übrig geblieben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

So stecken Sie – das haben Sie gerade angekündigt – 680 Millionen € in die Versorgungsrücklage des Landes.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Was für eine Sauerei!)

Darüber könnte man ja reden – das hat die Kollegin Walsken auch schon in der Öffentlichkeit gesagt –, wenn das Teil einer langfristig angelegten finanzpolitischen Strategie wäre.

(Zustimmung von Gisela Walsken [SPD])

Aber Ihr Spiel ist durchsichtig, denn Sie planen nicht mit Blick auf eine finanzpolitische Strategie, sondern Sie planen in Wahrheit den Landtagswahlkampf 2010 und opfern letztlich staatspolitische Verantwortung der parteipolitischen Dramaturgie,

(Zuruf von der CDU)

nämlich den angeblichen Sparhöhepunkt für das Jahr 2010 zu inszenieren.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Nein, das haben Sie erkannt?)

Das muss man Ihnen vorwerfen, und das müssen Sie sich vorhalten lassen!

(Beifall von der SPD)

Das, Herr Minister, hat mit Ehrlichkeit und Solidität wahrlich nichts mehr zu tun. Selbst die Ihnen wohl gesonnenen Medien geißeln das.

(Zustimmung von Gisela Walsken [SPD])

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ spricht beispielsweise von einem „Trick aus der Kiste der politischen Tuschenspieler“. Die „Rheinische Post“ spricht von einer Sparsünde, die kein gutes Licht auf Sie, Herr Finanzminister, werfe.

(Zuruf von der CDU: Sie lesen aber auch Zeitungen!)

Spätestens jetzt ist klar: Sie haben sich gewandelt vom eisernen Helmut zum Pappkameraden; Sie sind von einem ehrlichen Kaufmann zu einem Trickser und Hütchenspieler degeneriert.

(Beifall von der SPD – Christian Weisbrich [CDU]: Ehrbarer Kaufmann!)

Bevor die Kollegin Walsken in der zweiten Runde auf Einzelheiten dieses Nachtragshaushaltes eingeht,

(Zuruf von der CDU)

möchte ich allerdings, weil uns das sehr auf der Seele liegt, noch einen zweiten Punkt ansprechen, der uns bei diesem Nachtragshaushalt wirklich große Sorgen macht und zu dem der Finanzminister gerade bis auf ein kurzes rein deskriptives Element kaum ein Wort verloren hat, ge-

schweige denn eine Analyse durchgeführt hat, nämlich die scheinbar gute Nachricht, die eigentlich ein gewaltiges Problem kaschiert, in das Sie uns hineinregiert haben.

Sie müssen nämlich zum wiederholten Male den Ansatz für den Länderfinanzausgleich senken. Im Nachtragshaushalt 2006 gab es schon eine Senkung der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 280 Millionen €. Im Nachtragshaushalt 2007 kommt noch eine weitere Senkung der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 150 Millionen € dazu. Das hört sich gut an, könnte man meinen, weil dadurch der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen weniger belastet wird.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Aber ich prophezeie Ihnen und uns: Wenn das in diesem Tempo weitergeht, ist Nordrhein-Westfalen bald Nehmerland im Länderfinanzausgleich.

(Beifall von der SPD)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Finanzminister, offenbart dann doch ultimativ Ihr dramatisches Versagen. Dafür sind – zugegeben, Herr Finanzminister – nicht Sie alleine verantwortlich, sondern das gesamte, wieder einmal durch Abwesenheit glänzende Kabinett mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze. Denn unter Ihrer Regierung – das muss man sagen, weil der Länderfinanzausgleich ein Indikator für die Steuerkraft aller 16 Bundesländer ist – fällt NRW zurück.

(Zustimmung von Gisela Walsken [SPD] – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das Land hält weder seinen Platz, noch steigt es gar nach oben, sondern es fällt zurück und wird unter den Bundesländern nach hinten durchgereicht.

Das ist eine Katastrophe. Das ist ein dramatisches Signal. Das muss uns allen zu denken geben. Deswegen kann ich nur die Bitte an Sie richten: Kehren Sie als gesamtes Kabinett und als die regierungstragenden Fraktionen um, denn wir müssen Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne bringen und dürfen uns nicht nach hinten durchreichen lassen. Glauben Sie uns von der Opposition: Über diesen Sachverhalt kann sich wahrlich niemand freuen, nicht einmal die Opposition. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Börschel hat seine Oppositionsaufgabe tapfer bewältigt.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Das war mehr als tapfer!)

Aber ein bisschen bedauert haben wir ihn schon,

(Martin Börschel [SPD]: Davon habe ich aber nichts bemerkt! Sie sind doch die tragische Figur der Haushälter!)

denn er hatte ja durchaus eine schwierige Aufgabe vor sich.

(Martin Börschel [SPD]: Sie kennen sich ja aus!)

Er musste natürlich den Versuch unternehmen, an der Bilanz des erfolgreichsten Finanzministers seit Jahrzehnten in diesem Land

(Beifall von CDU und FDP)

ein ganz kleines bisschen zu kratzen. Das verstehen wir auch; das ist bei einer Opposition eben so.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe nur die letzten Lackreste entfernt! Da war nicht mehr viel!)

Ich vermute, dem Kollege Börschel wird es selber so gegangen sein, dass sich die dadurch ausgelöste Heiterkeit auch ein Stück weit auf ihn selber ausgewirkt hat.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Nein, das ist nicht nur bei Kölnern so. An der Stelle sollten wir Ihnen das nicht zur Last legen.

(Lachen von der CDU – Martin Börschel [SPD]: Gleich spricht Kollege Möbius für Sie!)

Kommen wir zum eigentlichen Haushalt: Der Finanzminister hat schon ein wenig dargestellt, was der Inhalt dieses Nachtragshaushaltsplans ist. Ich will einfach noch einmal unterstreichen – das hat Kollege Börschel auch schon bestätigt –, dass der Schwerpunkt dieses Nachtragshaushaltsplans glücklicherweise auf der Frage liegt, wie man mit Haushaltsverbesserungen richtig umgeht. Wie gehen wir damit um, dass wir tatsächlich rund 1,5 Milliarden € mehr zur Verfügung haben? Wie können wir damit wirklich an die Zukunft denken? Das Motto dieses Nachtragshaushaltsplans könn-

te gerade auch im Vergleich zu vergangenen Haushaltsplänen lauten: Der Rausch der Sorglosigkeit ist zu Ende.

(Beifall von der CDU – Martin Börschel [SPD]: Die neue Gemütlichkeit ist eingetreten!)

– Es wäre auch ein Beifall des Kollegen Börschel angemessen gewesen.

Die Antwort lautet: Wir müssen verstärkt nachhaltige Politik betreiben. Sie alle wissen, dass dieser Begriff ursprünglich aus der Forstwirtschaft kam, der aber zu Recht auf die Finanzwirtschaft angewandt wird. Wir können heute nicht mehr verfrühstücken, wir können heute nicht mehr verbrauchen, als wir erbringen. Wir dürfen nicht generationenungerecht sein und die Belastungen in die Zukunft verschieben. Wir müssen uns heute schon mit den Belastungen, die uns frühere Regierungen hinterlassen haben – ich sage es einmal ganz neutral –, herumschlagen und jedes Jahr 4,7 Milliarden € Zinsen bezahlen. Das heißt, wir müssen rund 10 % unserer Ausgaben dafür reservieren, um die Zinsen zu bezahlen. Damit haben wir weniger Spielraum, heute politisch zu gestalten.

Wir wollen diese Ungerechtigkeit in der Zukunft nicht weiter praktizieren. Wir wollen unsere Philosophie der Nachhaltigkeit umsetzen. Das tun wir dadurch, dass wir die Verschuldung in doppelter Weise anpacken – vielleicht müssten wir dazu einmal ein kleines Seminar veranstalten.

(Gisela Walsken [SPD]: Melden Sie sich an, Herr Kollege! – Gegenruf von der CDU: Es reicht schon, wenn Sie zuhören!)

Erstens gehen wir an die explizit ausgewiesene Staatsverschuldung heran. Wir reduzieren die Nettokreditaufnahme ganz erheblich. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, wo wir herkommen, nämlich aus einem Zeitalter der finanzpolitischen Sorglosigkeit und der Ausgabensteigerungen, die völlig zügellos waren. Sie haben dazu geführt, dass wir im Jahr 2003 eine Nettokreditaufnahme von 6,6 Milliarden € hatten, im Jahr 2004 eine von 6,7 Milliarden € und der gleiche Betrag noch einmal im Jahr 2005.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Dann greift die Politik der neuen Landesregierung: Im Jahr 2006 konnten wir die Nettoneuverschuldung bereits auf 3,2 Milliarden € reduzieren. Das ist die Frucht guter konjunktureller Entwicklung, aber auch harter Entscheidungen. Jetzt gelingt es uns, die Nettokreditaufnahme im laufenden Jahr weiter auf 2,3 Milliarden € zu reduzieren. Das ist

nicht das Ende der Fahnenstange. Schon jetzt ist absehbar, dass es uns gelingen wird, die Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr auf unter 2 Milliarden € zu reduzieren. Unser Ziel muss sein, irgendwann die Null zu erreichen.

(Martin Börschel [SPD]: Bis jetzt haben Sie noch nichts erreicht!)

885 Millionen € des Betrags, der uns mehr zur Verfügung steht, wird zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme, also der explizit ausgewiesenen Staatsverschuldung, aufgewandt.

Wenn jetzt gesagt wird, es wäre doch gut, zusätzliche Steuereinnahmen zu nutzen, um die Nettokreditaufnahme zu senken,

(Gisela Walsken [SPD]: Das haben Sie selbst gesagt!)

dann fällt mir die Regierungserklärung von Johannes Rau und seinem Finanzminister aus dem Jahr 1995 ein.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hat Ihr Finanzminister gesagt!)

Der hatte damals ganz groß angekündigt, jetzt müsse die Finanzsituation des Landes, die beklagt worden war, wieder in Ordnung gebracht werden. Es müssten Spielräume genutzt werden, um die Nettokreditaufnahme zu senken.

Aber wie war denn das Ergebnis? – Ich habe mir die Zahlen einmal herausgesucht: Im Jahr 1995 hatten wir Steuereinnahmen von 33,4 Milliarden €, die im Laufe der Legislaturperiode um 4,4 Milliarden € auf 37,8 Milliarden € stiegen. Es gab also in diesem Zeitraum Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,4 Milliarden €. Wer jetzt denkt, das hätte eventuell dazu geführt, dass die Nettokreditaufnahme abgesenkt worden wäre,

(Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

weil dies der Ministerpräsident und sein Finanzminister angekündigt hatten, liegt weit neben der Realität.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist genau wie bei euch! Das ist genau dieselbe Situation! – Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist genau umgekehrt!)

Im gleichen Zeitraum haben diejenigen, die jetzt krakeelen, die Nettokreditaufnahme von 3,1 Milliarden € auf 3,5 Milliarden € erhöht.

(Beifall von der CDU)

Das ist die Basis für unsere missliche Lage. – So weit, liebe Frau Kollegin Walsken, die Ausführun-

gen zur explizit ausgewiesenen Staatsverschuldung.

Aber es gibt auch noch mehr, das wissen wir doch alle. Es gibt auch die implizit vorhandene Staatsverschuldung in der Form von Pensionszusagen.

(Beifall von der CDU)

Der Landesrechnungshof rechnet uns vor, dass sie einen Betrag von rund 112 Milliarden € ausmachen. Das sind 112 Milliarden € Staatsverschuldung, die nicht explizit ausgewiesen, aber für uns realistisch implizit vorhanden sind. Jetzt gelingt es uns, diese bestehende Staatsverschuldung ebenfalls anzupacken und auch an dieser Stelle ein deutliches Signal zu setzen, indem dieser Teil der Staatsverschuldung um 680 Millionen € reduziert wird.

(Beifall von der CDU)

Das ist genau die Erfüllung unserer Ankündigung. Wir müssen die Steuermehreinnahmen zur Reduzierung von Staatsverschuldung einsetzen.

(Beifall von der CDU)

Erstaunlich finde ich nur, dass daran überhaupt Kritik geübt wird. Ich dachte eigentlich, wir wären in diesem Haus schon etwas weiter. In der vergangenen Legislaturperiode gab es doch entsprechende Anträge von allen Fraktionen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Ich kann ja verstehen, dass die Frau Kollegin Walsken so sehr dazwischenredet, um diesen Hinweis nicht hören zu müssen. – Alle Fraktionen dieses Hauses haben in der letzten Wahlperiode angemahnt, es müsse mehr getan werden, um die Staatsverschuldung in der Form von Pensionszusagen anzupacken. Die CDU hat im Jahr 2003 den Antrag „Raus aus der Pensionsfalle“ gestellt. Die FDP-Fraktion hat im Jahr 2004 den Antrag „Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit“ gestellt. Die damaligen Koalitionsfraktionen – die heutigen Akteure waren damals auch beteiligt – SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit ihrem Antrag „Versorgungsfonds muss zur Abfederung der beträchtlichen Versorgungslasten ergänzt werden“ am 27. Januar 2004 genau das gefordert, was jetzt endlich ein Finanzminister umsetzt.

(Beifall von der CDU)

Daraus schließe ich, dass wir uns bei allem verständlichen Oppositionsgeplänkel in der Sache im Rahmen der Ausschussberatungen vielleicht doch noch einigen können, sodass wir gemeinsam etwas machen und gemeinsam den Rausch der Sorglosig-

keit der Vergangenheit beenden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Herr Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanzminister rechnet für das Jahr 2007 mit 1,415 Milliarden € an Mehreinnahmen aus Steuern gegenüber dem bisherigen Ansatz im Haushaltsplan. Für das Jahr 2007 rechnet er zudem mit 150 Millionen € an Minderausgaben für den Länderfinanzausgleich. Das führt zu einer Haushaltsverbesserung von insgesamt 1,565 Milliarden €. So lauten die kühlen Fakten.

Doch wie ist dies zu bewerten? – Aus meiner Sicht stellt sich die Situation so dar: Der Finanzminister ist im Vorruhestand, denn mit politischem Handeln hat das eben genannte Ergebnis so gut wie nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Helmut Linssen verlässt sich auf sein Glück und genießt seinen Vorruhestand in der steuerlichen Hängematte.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Bitte nur einmal etwas Neues!)

Das gilt im Übrigen auch für die jetzt vorgestellten Eckdaten für den Haushalt 2008. Schwarz-Gelb hat die Senkung der Nettoneuverschuldung nicht eigenem Handeln, sondern den immens steigenden Steuermehreinnahmen und dem Brechen von Wahlkampfversprechen, zum Beispiel Landesjugendplan, zu verdanken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Steuereinnahmen von mindestens 41,1 Milliarden € im nächsten Jahr übertreffen die Einnahmen des Jahres 2004 – man höre und staune – um 7,2 Milliarden €.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hätten wir auch gerne gehabt!)

Trotzdem geht die Neuverschuldung nur um 4,3 Milliarden € zurück. Von angeblichen Struktur-reformen, wie es der Finanzminister laufend postuliert, kann keine Rede sein. Stattdessen steigen die Schulden trotz gigantischer Mehreinnahmen weiter auf mehr als 118 Milliarden €. CDU und FDP betreiben also keine Konsolidierung. Um zu

zeigen, dass ich mit meiner Einschätzung richtig liege – ich sage das ganz neutral –,

(Lachen von CDU und FDP)

lasse ich drei Zeitungen zu Wort kommen.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Die „taz“!)

Die „taz“

(Lachen von CDU und FDP)

– es wird noch besser –, ganz im Sinne meines Bildes von dem Vorruhestandsminister Linssen in der Hängematte, sagt, die neue Gemütlichkeit sei eingezogen.

Fast noch besser ist der Artikel in der – vielleicht lachen Sie jetzt nicht mehr – „Neuen Westfälischen“, eine, wie ich meine, konservative Zeitung. Diese schreibt:

„Helmut Linssen ist in der Riege der NRW-Finanzminister der sprichwörtliche Hans im Glück. Während seine sozialdemokratischen Vorgänger Heinz Schleußer, Peer Steinbrück und Jochen Dieckmann Jahr für Jahr mit sinkenden Steuereinnahmen zu tun hatten, sprudeln seit dem Amtsantritt des rheinischen Christdemokraten die Steuerquellen üppiger als seit Jahrzehnten, was mit der Politik der NRW-Regierung nur wenig zu tun hat.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

„Einen Sparhaushalt“

– alles die „Neue Westfälische“ –

„hat Linssen nicht vorgelegt. Versteht man unter Sparen, dass bislang gewährte staatliche Leistungen gekürzt oder gestrichen werden, dann bleibt der CDU-Mann weit hinter den Anstrengungen seiner SPD-Vorgänger zurück.“

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

„Gerade mal 175 Millionen € hat er an Ausgaben gekürzt, das ist bei einem Gesamtetat von fast 51 Milliarden € weniger als das Sahnehäubchen auf dem Kaffee.“

So weit die „Neue Westfälische“.

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel geben. Sie lesen ja sicherlich auch die „Neue Ruhr/Rhein Zeitung“.

Ich zitiere wieder einmal – ganz neutral –:

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Natürlich!)

„Das Prädikat ‚Sparhaushalt‘ verdienen die Eckdaten nicht. Der Rekord-Schuldenberg wächst weiter, der Abbau der Nettoneuverschuldung

schuldung fällt, gemessen an den Steuermehreinnahmen, bescheiden aus. Dass Linssens Rechenkünstler die Kreditaufnahme mit 1,99 Milliarden € spektakulär unter die magische Zwei-Milliarden-Grenze drücken, taugt nicht als Tarnung des nachlassenden Sparwillens.“

(Gisela Walsken [SPD]: So ist es!)

So sieht das aus, was Sie hier machen.

Zudem gilt auch zum Nachtrag 2007 festzuhalten, was wirtschaftspolitisch mehr als interessant ist und ein schlechtes Bild auf die Landesregierung wirft: Die erneute Absenkung der Mittel für den Finanzausgleich um 150 Millionen € zeigt, dass die Entwicklung in den anderen Ländern deutlich stärker ist als in Nordrhein-Westfalen. Von Wirtschaftswachstum in dem Maße, wie es in anderen Bundesländern läuft, ist bei Ihnen nichts zu erkennen. Da müssen Sie sich einmal fragen, welche Politik Sie gemacht haben.

Jetzt komme ich auf meinen Kollegen Klein zu sprechen. Der Rausch der Sorglosigkeit sei zu Ende, haben Sie gerade gesagt. Herr Klein, man kann sich auch so betrunken reden, dass man in einen Rausch kommt, wo das Erwachen sehr böse ist, wenn die Droge Konjunktur wegfällt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von angeblichen echten Strukturreformen, wie es im Text des Finanzministers zur Pressekonferenz heißt, kann also keine Rede sein. Stattdessen steigen die Schulden trotz gigantischer Mehreinnahmen weiter. Da, wo überhaupt konsolidiert wurde, ging es zulasten Dritter. Fast 500 Millionen € wurden zulasten der Kommunen – Krankenhausfinanzierung, Anteil Grunderwerbsteuer, Elternbeiträge Kitas, Flüchtlingsaufnahme usw. – abgewälzt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

1 Milliarde € hat das Land insgesamt bei der Beamtenbesoldung eingespart. Die Streichung des Urlaubsgeldes und die Reduzierung des Weihnachtsgeldes – übrigens von Ihnen versprochen – wurden, wie noch im Jahr 2003 von Rüttgers vollmundig versprochen, nicht zurückgenommen, sondern deutlich verschärft. Verschärft wird dies durch Kürzungen u.a. bei den Kitas und im Sozial- und Jugendbereich. In anderen Bereichen wurde aber bekanntermaßen aufgestockt. Hier einige bezeichnende Beispiele der schwarzen Klientelpolitik: Die Staatskanzlei hat 92 neue Stellen. Die Reiterstaffeln wurden wieder eingeführt.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Die Landwirtschaftskammern erhielten einen tropischen Subventionsregen, und für den Flughafen ausbau wurde ein neuer Subventionstopf aufgemacht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

An einer Stelle, beim Mittagessen für Kinder aus armen Familien, gab es immerhin einen vorsichtigen positiven Ansatz, aber natürlich überhaupt nicht ausreichend.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Sie sind dort auf eine Initiative der Grünen aufgesprungen. Das ist die Realität.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU] – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Aber von Essen für Kinder für alle ist keine Rede bei Ihnen. Sie sollten sich einmal die Situation in den Schulen anschauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Interessant ist auch die Aufteilung des zusätzlichen steuerlichen Geldregens in diesem Jahr. Der Betrag von 1,565 Milliarden € wird aufgeteilt. 885 Millionen € werden zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt – dazu haben Sie auch schon einmal etwas anderes gesagt –, aber dann werden 680 Millionen € zur Aufstockung der Versorgungsrücklage aufgewendet. Natürlich ist der Zeitpunkt, wann Sie diese Transaktion vornehmen, nicht zufällig.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Denn Sie haben diese 680 Millionen € deshalb zurückgelegt, damit auch im Jahr 2008 noch eine positive Haushaltsentwicklung beschrieben werden kann.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Die gibt es! – Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Gisela Walsken [SPD])

– Ja, aufgrund der Steuereinnahmen natürlich, Herr Kollege Petersen.

In den letzten beiden Jahren sank die Nettoneuverschuldung aufgrund immenser Steuermehreinnahmen und des Brechens von Wahlkampfversprechen kontinuierlich. Im Jahre 2008 wird es zwar zu einer weiteren Erhöhung der Steuereinnahmen kommen, allerdings ist der Spielraum für Ausgabensenkungen weitgehend ausgeschöpft. Das deckt sich mit dem, was die „Neue Westfälische“ und andere sagen: Der Sparwille ist dahin.

Die Vereinbarungen zur Kohlepolitik stehen und werden teurer als ursprünglich veranlagt.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo sollen wir denn noch sparen?)

Die deutliche Reduzierung der Beamtenbesoldung ist bereits vollzogen, und auch die sonstigen Punkte wie Streichung Wasserentnahme usw. sind bereits in der Planung enthalten. Ein erneutes Schröpfen der Kommunen erscheint auch kaum noch denkbar zu sein, denn auch dort haben Sie heftigen Gegenwind.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Die Steuergesetzgebung des Bundes – u.a. die Unternehmensteuerreform – birgt zudem weitere Einnahmerisiken. Denn auch dort wissen Sie noch nicht, was passiert und was Herr Steinbrück in der schwarz-roten Koalition in Berlin macht. Daher hat sich der Herr Finanzminister – er ist ja der schlaue Helmut, wie Sie gesagt haben; er kennt alle Tricks, aber er wendet sie tatsächlich auch an, denn er ist ein Haushaltstrickser –

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

jetzt natürlich einen Sparstrumpf zugelegt, damit sich die Einnahmeentwicklung nicht nur um 1,2 sondern um 1,9 Milliarden € verbessert. Das heißt: Sie werden uns nächstes Jahr eine weitere Haushaltsverbesserung präsentieren, obwohl Sie genau diese Tricks angewendet haben werden.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: So ist es! – Ralf Witzel [FDP]: Ist doch schön!)

Obwohl die Steuereinnahmen also noch einmal um 1,2 Milliarden € ansteigen, sinkt die Nettoneuverschuldung des Landes nur um 341 Millionen €. Hätte der Finanzminister im Nachtragshaushalt nicht die Versorgungsrücklage um 680 Millionen € aufgestockt, würde die Neuverschuldung im nächsten Jahr also effektiv ansteigen. Genau das wollen Sie vermeiden.

Im Übrigen: Die ganze Strategie ist sehr durchschaubar. Sie haben damals die 2 Milliarden € direkt im Nachtragshaushalt draufgepackt, damit Sie diesen Superrekordhaushalt hatten. Das hat nicht ganz geklappt, weil auch dort schon Steuermehreinnahmen kamen, waren Sie dann nur bei 6,6 Milliarden €. Die Strategie ist klar: Wir sparen! Wir haben immer weniger Nettoneuverschuldung!

(Zuruf von der CDU)

Das sind die Tricks, die ich gerade beschrieben habe und mit denen Sie hier arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit: Glücksritter Helmut genießt die Früchte rot-grüner Regierungsarbeit in Berlin,

(Lachen von CDU und FDP)

die diesen wirtschaftlichen Aufschwung erst ermöglicht hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Die sind aber vergiftet! – Dr. Jens Petersen [CDU]: Wer schreibt denn Ihre Reden? Das ist ja sensationell!)

Ja, in gewisser Weise stimmt das so; es gab durchaus positive Effekte. Sie haben aber genau das Gegenteil gemacht. Sie haben die ganze Zeit weitere Steuersenkungsvorschläge gemacht. Das hätte dazu geführt, dass die steuerliche Situation noch wesentlich schlechter wäre als das, was wir jetzt vorfinden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben wirklich großes Glück, dass bestimmte Maßnahmen jetzt durchschlagen. Von tatsächlicher Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein. Es wird auch keine Anstrengung unternommen, um die Einnahmesituation zu verbessern. Das ist ein wichtiger Punkt. Die Kollegen von der SPD haben dies in ihrem Antrag noch einmal aufgegriffen. Das ist eine Forderung, die meine Kollegin Edith Müller und ich schon seit vielen Jahren immer wieder gestellt haben: Wir müssen etwas bei der Einnahmesituation unternehmen. Wir müssen etwas bei den Steuerprüfern tun, denn wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaftsunternehmen, die über 20 Milliarden €, von denen der Bund der Steuerzahler spricht, zahlen müssten, tatsächlich auch ihre Steuern bezahlen. An dieser Stelle unternehmen Sie überhaupt nichts, sondern Sie gehen an die Kassen von den Leuten, die sowieso nicht so viel darin haben. Das ist nach wie vor die Realität.

Ich kann nur feststellen: Der Finanzminister ist im Vorruhestand und ruht sich auf den glücklichen Steuermehreinnahmen aus. Da bleibt mir nur noch „Glück auf“ zu wünschen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die FDP vor zwei Jahren zusammen mit der CDU die Regierungsgeschäfte übernommen hat, haben wir

-ich glaube, das ist unstrittig – eine absolut de-saströse Haushaltssituation vorgefunden.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir hatten ein strukturelles Defizit. Wir hatten über 100 Milliarden € Schulden. Herr Sagel, wenn einer getrickst hat, dann haben Sie bei Rot-Grün getrickst. Denn Sie haben Ihre Schulden künstlich nach unten gerechnet, und wir müssen jetzt die Suppe auslöffeln.

(Beifall von FDP und CDU)

Jede Privatbank hätte damals einem privaten Schuldner längst den Geldhahn zugekehrt. SPD und Grüne haben sich kurz vor der Wahl nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ verhalten. Ich glaube, dass die Wählerinnen und Wähler dies auch erkannt haben. Es war nämlich nicht so, dass Dieckmann, Steinbrück und andere alle Pechvögel waren und Herr Linssen nun ein Glücksritter ist. – Nein, meine Damen und Herren, die Wählerinnen und Wähler haben ganz bewusst entschieden.

(Gisela Walsken [SPD]: Dass sie mehr Steuer zahlen sollen, ja?)

Es ist kein Zufall, dass wir jetzt regieren, und es ist auch ein bewusstes Handeln, das an den Tag gelegt wird. Dieses Handeln ist gut für dieses Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist schön, wenn Herr Sagel ein Erinnerungsvermögen hat und uns alle an Frau Edith Müller erinnert. Frau Edith Müller war in der letzten Legislaturperiode in der Fraktion der Grünen. Wenn sie doch so wegweisende, bahnbrechende Ideen hatte, dann frage ich Sie, Herr Sagel: Warum haben Sie die nicht umgesetzt?

(Beifall von FDP und CDU)

Sie hatten dafür fast Jahrzehnte Zeit. Wir beseitigen jetzt die rot-grünen Hinterlassenschaften. Vor diesem Hintergrund setzt die FDP-Fraktion alles daran, den Haushalt wieder auf eine solide Grundlage zu stellen. Da sich die FDP der Politik der Generationengerechtigkeit verpflichtet fühlt, müssen wir alle Anstrengungen darauf richten, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Die Konsolidierung des Haushalts bleibt unser oberstes und vordringlichstes Ziel.

(Beifall von der FDP)

Herr Sagel, wenn Sie die „taz“ zitieren, dann ist das sehr schön. Das ist sozusagen Ihre Hauspos-

tille. Sie versuchen, darin Argumente für sich zu finden.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Dann sollten Sie die „taz“ auch bis zum Ende lesen. Es reicht nicht, wenn Sie nur Überschriften lesen,

(Beifall von FDP und CDU)

sondern Sie sollten auch das Ende eines Kommentars lesen. Werter Herr Präsident, ich erlaube mir, aus diesem wunderschönen Kommentar, der überschrieben ist mit „Die neue Gemütlichkeit“ die letzten Zeilen zu zitieren. Es geht da um die 118 Milliarden € Schulden, die wir in NRW hatten oder haben. Dann heißt es dort wörtlich:

„Diese abzubauen, hat entgegen weit verbreiteter Meinungen nichts mit neoliberaler Agenda zu tun – sondern mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.“

Da hat die „taz“ Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Es geht darum, die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für unsere Politik der Investitionen in die Zukunft des Landes mit dem Nachtragshaushalt zurückzugewinnen. Wir haben 13 Millionen €, die wir pro Tag in den Schuldendienst stecken. Ich glaube, dass wir alle hier, jedenfalls wir auf der einen Seite des Parlamentes, nicht bereit sind, auch weiterhin 13 Millionen € pro Tag sinnlos zu versenken, meine Damen und Herren.

Führen wir uns das Zitat von Frau Walsken von gestern zu Gemüte, als sie das Bild zeichnete, die Situation in der Finanzverwaltung entspreche einem überladenen Tanker in Seenot, kurz vor dem Kentern. Da kann man nur sagen: Nicht die Finanzverwaltung ist in Seenot, der gesamte Landeshaushalt war im Jahr 2005 in Seenot. Sie haben in Ihrer Regierungszeit das Haushaltsschiff zum Kentern gebracht, weil Sie es einfach mit Schulden überladen haben. In NRW brauchte es keinen Eisberg für die Titanic, nein, es reichte schon Rot-Grün.

(Beifall von FDP und CDU)

Am Anfang haben wir uns zunächst aus dem kalten Wasser gestrampelt. Wir haben das Rettungsboot erreicht. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch das Land erreichen werden. Um es klar zu sagen: Unser Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt 2010. Insbesondere diesem Ziel fühlen sich die Liberalen verpflichtet.

(Beifall von FDP und CDU)

Auch die Präsidentin des Landesrechnungshofes, Ute Scholle, die nicht erst seit drei Tagen im Amt ist, hat anlässlich der aktuellen Vorstellung ihres Berichtes von vor zwei Wochen wörtlich gesagt:

„Angesichts der immensen Verschuldung ist es unbedingt erforderlich, den begonnenen Konsolidierungskurs konsequent weiter fortzuführen und möglichst schnell einen Schuldenabbau zu erreichen, wenn das Land finanzielle Handlungsspielräume zurückgewinnen will.“

Meine Damen und Herren, dem ist nicht viel hinzuzufügen. Wir wollen die schwarze Null erreichen. Wir werden, wenn wir weitere Ausgaben tätigen, immer darauf achten, dass sie aus zusätzlichen Einnahmen kommen. Unsere Behandlung des Nachtragshaushalts zeigt, dass wir mit rot-grünen Zeiten gebrochen haben. Wir legen einen Nachtragshaushalt vor, mit dem keine Neuverschuldung verbunden ist, sondern wir sind im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün, in der Lage, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, weil wir eben mehr Geld haben als veranschlagt. Auch das ist meiner Meinung nach eine sehr positive Nachricht und in keiner Weise zu kritisieren.

Die heute zu verzeichnenden Mehreinnahmen in Höhe von 1,565 Milliarden € sind, bezogen auf den Gesamthaushalt von ungefähr 50 Milliarden €, kein Pappenstiel. Wir sagen zu allen Begehrlichkeiten in der weiteren Debatte zum Nachtragshaushalt von vornherein ein Nein, wenn es darum geht, die Konsolidierung aufzuweichen und mehr Geld auszugeben.

Wir jedenfalls würden solche Anträge, die wir von Ihnen erwarten, Frau Walsken – Sie machen das ja jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen –, nicht mittragen. Wir wollen keine Mehrausgaben.

Wir wollen dann, wenn wir neue Ausgaben tätigen, diese nur aus Einsparungen finanzieren. Das haben wir auch in dem Nachtragshaushalt gezeigt. Wir wollen daneben auch die Pensionslasten ein wenig reduzieren. Wir haben dafür Gelder eingestellt. Ich kann vonseiten der FDP-Fraktion nur sagen, dass wir mit uns darum gerungen haben, ob es ein vernünftiger Weg ist, das jetzt bereits zu tun.

Vor dem Hintergrund, dass wir gemeinsam in der Koalition das Ziel haben, im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sind wir der Meinung, dass wir in diesem Nachtragshaushalt die Einstellung in die Pensionsrücklage auch entsprechend verantworten können, meine Damen und Herren.

Wir sind froh, dass wir mit dem Nachtragshaushalt in der Lage sind, die Folgen des Orkans Kyrill zu beseitigen, dass wir in der Lage sind, für das Essen der Kinder einen Zuschuss leisten können, und dass wir auch als Folge der Oddset-Wetten-Reduzierungen für den Spitzensport Gelder bereitstellen können.

Kurz und gut: Herr Börschel, der Haushalt, den Sie sich vorstellen, ist sicherlich einer, der nicht dem entspricht, den wir vor Augen haben. Aber ich bin davon überzeugt, dass der Nachtragshaushalt, den wir Ihnen vorgelegt haben, gut ist für unser Land, für Pensionäre, für Werktätige und für Kinder. Und wir sind sogar so selbstlos, dass er auch Ihnen als Bürger Nordrhein-Westfalens zugute kommt, obwohl Sie es eigentlich nicht verdient hätten. – Herzlichen Dank, auf gute Beratung!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollegen Dr. Orth. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich habe gedacht, Sie wollten reden. Aber Sie lassen uns noch eine Runde vor. Ich lasse noch ein wenig Redezeit übrig, damit wir auch noch diskutieren können.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ich warte auf Sie, Frau Walsken!)

– Das war mir klar. Ich hatte gedacht, Kollege Börschel hätte schon gereicht. Aber kein Problem.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gern ein paar Dinge aufgreifen und mit einigen Legenden aufräumen, die die Kollegen in den Raum gestellt haben. Da will ich anfangen – das bietet sich immer an, das mache ich besonders gern – mit den Ausführungen des Kollegen Klein. Kollege Klein hat von dem erfolgreichsten Finanzminister aller Zeiten gesprochen.

(Volkmar Klein [CDU]: Seit Jahrzehnten! – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Seit Jahrzehnten, egal, das können wir nachlesen.

Herr Kollege Klein, ich habe den Eindruck, Sie bekommen einiges nicht mit. Denn für Ihren Finanzminister läuft das im Moment alles gar nicht so besonders gut. Kollege Börschel hat darauf hingewiesen.

Lassen Sie mich einmal schauen, was heute so in der Presselandschaft zu lesen ist. Ich danke dem Kollegen Sagel ausdrücklich dafür, dass er schon einmal angefangen hat, hier zu zitieren.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Ich lasse nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass gesagt wird, die „taz“ stehe bestimmten politischen Gruppierungen nahe, und das sei alles nicht so wichtig.

Schauen Sie einmal in die Zeitungslandschaft. Schauen Sie in die „Westfalenpost“, schauen Sie in den „Kölner Stadt-Anzeiger“, schauen Sie in die „Westfälische Rundschau“: „Etat profitiert von Konjunktur“, „Falsches Bild“. „Das Bild vom ‚eisernen Helmut‘ hat wenig mit der Realität zu tun“. Oder schauen Sie in den Artikel der „Westfalenpost“: „Zweifel am Sparkurs. Mit dem Landeshaushalt 2008 weckt Helmut Linssen erste Zweifel an der harten Sanierung“.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, hier wird deutlich, dass die Maske vom „eisernen Kaufmann“ in der gesamten Presselandschaft Nordrhein-Westfalens nachhaltig gefallen ist.

(Beifall von der SPD)

Deshalb, Herr Finanzminister, ist es verdammt dumm gelaufen für Sie.

Ich möchte gerne noch ein paar andere Punkte ansprechen. Stichwort: Pensionsfonds. Herr Finanzminister, ich lasse nicht zu, dass Sie auf unseriöse Weise hier die SPD-Fraktion oder in dem Fall auch die Grünen in eine Ecke schieben, in die sie nicht hineingehören. Wir haben diesen Pensionsfonds gewollt, und wir haben das Bedienen des Pensionsfonds sehr bewusst – übrigens wie viele andere Bundesländer, um nicht zu sagen alle anderen Bundesländer – von 1999 an ausgesetzt, ganz gezielt.

Ich frage Sie jetzt, warum Sie den Nachtragshaushalt 2005, den Haushalt 2006, den Nachtragshaushalt 2006, den Haushaltsplanentwurf 2007 passieren lassen, ohne den Pensionsfonds zu bedienen, obwohl Sie deutlich mehr Steuereinnahmen hatten.

(Beifall von der SPD – Martin Börschel [SPD]: Ja!)

Deshalb betone ich das, was Kollege Börschel gerade gesagt hat: Hier geht es darum, eine kräftige Nachzahlung, die fällig geworden wäre, im Wahlkampf zu verhindern.

Deshalb hören Sie auf, uns anzuhängen, wir wollten keinen Pensionsfonds. Sie können es in unserer Pressemeldung nachlesen. Natürlich wollen wir den, aber wir sagen: So, wie Sie es jetzt machen, ist das Bedienen des Pensionsfonds ein Abweichen von Ihrem klaren Kurs.

(Beifall von der SPD)

Dazu ist es immer schön, alte Unterlagen abzuheften. Kollege Klein, das könnten Sie machen. Gucken Sie mal in die Information Ihres weltbesten Finanzministers: Pressekonferenz 30. Oktober.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Stichwort: Klarer Kurs. Der Finanzminister schreibt dort: Die Landesregierung

„wird deshalb sowohl die Steuermehreinnahmen als auch die Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich“

– jetzt kommt das entscheidende Wort –

„vollständig zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einsetzen.“

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

So gesagt auf der Pressekonferenz am 30. Oktober 2006. Ich hefte alles ab, was der Finanzminister herausgibt.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Beim Nachtrag!)

– Sie brauchen jetzt nicht auszuweichen. Dazu werde ich Ihnen gleich noch etwas sagen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ich habe es gesagt, Frau Walsken! Da haben Sie nicht zugehört!)

Information des Finanzministers, Pressekonferenz 18. Januar dieses Jahres. Hören Sie auf zu tricksen, indem Sie sagen: nur für die Nachträge.

(Martin Börschel [SPD]: Richtig!)

Dort sagen Sie wörtlich:

„Der Verdienst der gesamten Landesregierung ist es aber, dass sie die zusätzlichen Einnahmen konsequent zur Senkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt hat.“

Jetzt kommt es – gucken wir dazu noch einmal in die Presse von heute –:

„Weder die Koalitionsfraktionen noch die Ressortkollegen“

– die wie immer wenig vertreten sind –

„haben Begehrlichkeiten und Wünschen nachgegeben. Sie haben den eingeschlagenen Weg mit Nachdruck unterstützt“

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

„und mitgetragen und damit“

– jetzt kommt es –

„zum positiven Abschluss einen maßgeblichen Beitrag geleistet.“

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Was soll das?)

Meine Damen und Herren: Kurs schlingert, Kurs verlassen. Deshalb werfe ich Ihnen vor, Herr Finanzminister: Sie sind unseriös an dieser Stelle. Sie sind unseriös und versuchen, den Eindruck des Gegenteils zu beweisen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein?

Gisela Walsken (SPD): Liebend gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das hört sich gut an. – Bitte, Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Frau Kollegin Walsken, Sie wollen aber doch nicht allen Ernstes abstreiten, dass auch die Pensionszusage zu der Staatsverschuldung gehört?

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege, ich glaube nicht, dass ich einen solchen Satz hier geprägt habe.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Doch!)

Was ich Ihnen vorwerfe, ist, dass Sie vier Haushalte haben passieren lassen, ohne die Pensionsrücklage zu bedienen.

(Beifall von der SPD)

Warum? Beantworten Sie mir die Frage: Warum? Weil Sie jetzt erkannt haben, Sie müssen schnell handeln, damit Sie nicht Ende nächsten Jahres

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn getan?)

im Vorwahlkampf eine Riesensumme abzweigen müssen! Deshalb hat er es jetzt getan, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Kollege Klein, Sie wissen das ganz genau.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Wenn Sie aus der FDP-Fraktion, Herr Kollege Witzel, die Frage stellen, was wir denn getan hätten: Wissen Sie was? Fragen Sie doch Ihren Finanzminister! Wer regiert denn hier zurzeit? Wir oder Sie?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wir haben in der Opposition immer Vorschläge gemacht!)

Wer hat denn die neuen Konzepte? Wer hat denn den klaren Kurs? Wer ist zum ersten Mal in dieser Presselandschaft so weit, dass ihm nahezu alle Zeitungen nachweisen, dass er nicht Kurs und nicht Wort hält?

(Lachen von der CDU)

Das ist Ihr Thema, nicht unser Thema. Da müssen Sie raus als der alten Oppositionsrolle, denn Sie regieren jetzt.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Dass Sie nicht regieren, wissen wir ja!)

Deshalb können wir den Dialog an dieser Stelle aus meiner Sicht gerne beenden. Das ist und bleibt Ihre Aufgabe bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

(Volkmar Klein [CDU]: Dagegen war der Kollege Sagel noch seriös! – Lachen von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns insgesamt die Situation anschauen – der Blick auf den Haushalt 2008 ist uns vorgegeben durch die Pressekonferenz des Ministers gestern –, dann sage ich Ihnen deutlich: Wir resümieren, dass zurzeit ein Mehr an Steuereinnahmen dazu führt, dass der Finanzminister an Bedeutung verliert. Wir sagen Ihnen: Es gibt zurzeit in diesem Lande keinen klar erkennbaren Kurs, wo es hingehen soll.

Wenn Sie diese Steuermehreinnahmen nicht hätten, hätten Sie im Moment ein verdammtes Problem, denn Sie legen weder Sparhaushalte vor noch haben Sie erkennbar eine Linie, wo es hingehen soll.

(Ralf Witzel [FDP]: Weg von den Schulden!)

Und weil das so ist, sind Sie – das hat mit der Presse von heute begonnen – in einer schweren Glaubwürdigkeitskrise, was Ihre Grundlagen für die Haushaltspolitik betrifft.

(Lachen von der CDU)

Wir sind gespannt, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten vorlegen werden. Sie haben zurzeit keine Konzepte, Sie haben keine nachhaltige Konsolidierungsvorstellung. Deshalb sage ich

Ihnen abschließend: Sie haben es versucht über Verfassungsbruch. Das ist schiefgegangen, schwer schiefgegangen. Sie haben es versucht über die Schuldzuweisung an Rot-Grün. Das trägt auch nicht mehr.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Das nimmt Ihnen keiner mehr ab, auch, Kollege Orth, wenn Sie sich immer neu hier hinstellen. Das ist mittlerweile Ihre Verantwortung.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo kommen denn die Schulden her?)

Seit der Zeit, als das Verfassungsgericht Münster – bleiben Sie friedlich – Ihnen gesagt hat, es ist Ihre Verantwortung, dafür Konzepte zu finden, ist Schluss mit der Erblastdebatte.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist Ihr Schuldenberg, den Sie hinterlassen haben!)

Das wissen Sie auch.

(Ralf Witzel [FDP]: Das Chaos, das Sie hinterlassen haben, wirkt nach und ist noch da!)

Sie wollten zusätzliche Steuereinnahmen in die Haushaltskonsolidierung stecken. Da bin ich ganz auf der Seite des Finanzministers.

(Ralf Witzel [FDP]: Bravo!)

Aber das haben Ihnen spätestens gestern mit der Vorlage zum Haushalt 2008 sowohl der Ministerpräsident als auch das Kabinett kaputtgemacht.

Meine Damen und Herren, wir sind gespannt, was jetzt kommt. Zurzeit erkennen wir: Die Pickelhaut des „Eisernen Helmut“ rostet kräftig, und ich sehe im Moment auch nicht, wie Sie die wieder glänzend bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Petersen das Wort.

Dr. Jens Petersen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass die Debatte zum ersten Nachtragshaushalt heute der erfreulichste Tagesordnungspunkt werden würde, stand ja schon vorher fest.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja?)

Aber dass es auch der unterhaltsamste Tagesordnungspunkt sein würde, das habe ich persönlich nicht erwartet.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das liegt auch an den schon fast sensationellen Auftritten von Herrn Sagel, Herrn Börschel und Frau Walsken, die wir gerade erleben durften.

Zunächst einmal ernten wir wie im Vorjahr die Erfolge

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Die Sie nicht gesät haben!)

eines neuen finanzpolitischen Stils von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen. Der Kollege Klein hat eben schon darauf hingewiesen, dass wir in den Jahren 2003 bis 2005 noch eine Nettokreditaufnahme von rund 6,5 Milliarden € hatten, die bereits im letzten Jahr mehr als halbiert werden konnte, und wir für 2007 jetzt noch von einer Nettoneuverschuldung von 2,3 Milliarden € ausgehen.

Wir haben nach wie vor das Zwischenziel – das wäre für Sie fast undenkbar –, möglichst rasch einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dass das für Sie das Schrecklichste ist, was Sie sich vorstellen können, ist klar.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein!)

Dennoch werden wir diesen Kurs unbeirrt verfolgen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sollten nur nicht täuschen und tricksen, Herr Kollege!)

CDU und FDP verwenden höhere Steuereinnahmen ausschließlich für nachhaltige Finanzpolitik. Nichts wird verschwendet.

(Beifall von der CDU – Zurufe)

Im letzten Jahr wurden die zusätzlichen Steuereinnahmen außer den rechtlich unabweisbaren Zusatzaufwendungen vollständig für die Senkung der Neuverschuldung eingesetzt. In diesem Jahr wird zusätzlich die Rücklage für die Beamtenversorgung gestärkt. Auch das ist ein Schritt nachhaltiger Politik.

Und was macht die Opposition? Frau Walsken findet die Zuführung grundsätzlich richtig, nur jetzt findet sie sie falsch.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein!)

Vor ein paar Jahren hätte sie sie möglicherweise auch falsch gefunden, weil wir sie uns gar nicht hätten leisten können.

Ich möchte daran erinnern, dass es auch zu Zeiten von Rot-Grün Steuermehreinnahmen gab und dass diese Steuermehreinnahmen in der Regel für rot-grüne Spielwiesen verplempert worden sind. Ich möchte an die Zeit von 1995 bis 2000

erinnern. Damals gab es zusätzliche Steuermehreinnahmen von über 4 Milliarden € Anstatt die Neuverschuldung auf eine halbe Milliarde € zu senken, wie das in der damaligen Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün stand, hat man die Neuverschuldung bis zum Ende der Legislaturperiode 2000 sogar noch erhöht.

(Gisela Walsken [SPD]: Den Textbaustein hatten wir gerade schon! Das können Sie überspringen!)

– Frau Walsken, Sie haben es nicht verstanden.

(Gisela Walsken [SPD]: Doch, doch!)

Das Thema ist nicht, dass man Geld mehr einnimmt, das Thema ist, dass man das Geld, das man mehr eingenommen hat, sinnvoll verwendet. Und da haben Sie ein Problem; damit kommen Sie nicht klar. Wir nehmen zwar mehr Steuergelder ein, aber wir setzen sie für die Rückführung der Nettoneuverschuldung ein.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht komplett, wie Sie es versprochen haben! Kurswechsel!)

Das ist Ihnen in den ganzen Jahren nie gelungen.

Ich möchte auch noch daran erinnern, dass Sie, als es bei Ihnen knapp wurde, noch immer genug Geld für die Inkubatoren, für Life Science und andere Leuchtturmprojekte hatten. Der Landesrechnungshof hat Ihnen unlängst noch einmal schriftlich gegeben, dass hier ungeheure Millionensummen verschwendet worden sind, und zwar durch einen Ausbund an Arglosigkeit, durch den kriminellen Handeln und Misswirtschaft zugelassen wurden.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie nehmen gerade den offenen Ganztagsgrundschulen das Geld weg und damit den Kommunen!)

Das haben Sie schriftlich vom Landesrechnungshof bekommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Wir überprüfen gerade, was Herr Minister Wittke damit zu tun hat!)

Wenn jetzt gute Politik und erfreuliche Rahmenbedingungen Wachstum und solides Haushalten ermöglichen, Herr Sagel, dann ist das das Ergebnis von Talent, Fleiß und guten Konzepten. Glück ist das Sahnehäubchen, aber nicht alles.

Frau Walsken, Sie sprachen auch das Thema Presse an. Sie haben natürlich immer eine selektive Wahrnehmung. Zur selektiven Wahrnehmung gehört unter anderem, das Glück des Tüchtigen

zu übersehen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „NRW macht weniger Schulden“, „NRW will eisern sparen“.

(Martin Börschel [SPD]: Lesen Sie den Kommentar mal vor!)

Das sind alles sehr, sehr gute Botschaften, die Ihnen natürlich überhaupt nicht recht sein können; denn wir werden etwas schaffen, was Sie in den letzten Jahrzehnten nicht hinbekommen haben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schau'n wir mal!)

Frau Kraft hat zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, das seien nun alles „unsere“ Schulden. Das ist zunächst einmal ausgesprochen schäbig im Hinblick auf die Vergangenheitsbewältigung; denn schließlich haben 39 Jahre rote und rot-grüne Politik zu diesen rund 110 Milliarden € Schulden geführt. Aber selbst wenn man diesen Satz so stehen ließe, muss man sagen, dass die Erfolge der Konsolidierung, die wir jetzt angesichts des Schuldenberges angehen, natürlich auch „unsere“ Leistung, die Leistung einer Koalition, sind, die sagt: Wir stellen uns der Aufgabe der Konsolidierung.

Herr Sagel, noch zu Ihnen: Sie liegen ohnehin fast immer falsch. Sie haben uns zum Beispiel zu Beginn der Legislaturperiode für diese Legislaturperiode über 30 Milliarden € zusätzliche Schulden prognostiziert.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zehn haben Sie schon geschafft!)

Sie sprachen – Zitat – von einer „grauenhaften Perspektive“ und sagten, einen Pfad der Haushaltskonsolidierung könnten Sie nicht erkennen. Jetzt sind es in der mittelfristigen Finanzplanung nur noch 10 Milliarden €. Das ist das Ergebnis von Disziplin und einem guten Finanzminister.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Steuermehreinnahmen! – Weitere Zurufe)

Herr Sagel, natürlich ist Ihre Perspektive grauenhaft, aber nur Ihre ganz persönliche. Die Perspektive der Menschen in diesem Land ist ausgezeichnet.

(Martin Börschel [SPD]: Ich sage nur: Länderfinanzausgleich! Die werden durchgereicht, Herr Kollege!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit unserer Finanzpolitik – der Finanzminister hat es angesprochen – gewinnen wir auch Spielraum für die Zukunft. Sie regen sich auf, dass wir mehr Geld zum Beispiel für die Polizei, für die Schulen

und für die Kindergärten ausgeben, dass die Kommunen im nächsten Jahr mehrere 100 Millionen € mehr Geld bekommen. Alles gute Botschaften! Alles das regt Sie auf.

Das alles ist aber nur dann möglich, wenn man sich das finanziell leisten kann. Wir stellen mehr Polizeianwärter ein, um die Sicherheit der Bürger zu verbessern. Wir sind in der Lage, mehr Lehrer einzustellen, um den Unterricht zu verbessern. Wir sind auch in der Lage, mehr Geld für die Kindergärten und die Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen auszugeben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Gödecke?

Dr. Jens Petersen (CDU): Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Danke schön, Herr Petersen. Sie haben eben gesagt, dass Sie Spielräume für die Zukunft schaffen und unter anderem mehr Geld für die Schulen und die Bildung ausgeben. Können Sie uns bitte erklären, warum Sie dann im Bereich der offenen Ganztagsgrundschule aktuell 30 % der Investivkosten kürzen und damit den Kommunen und all denjenigen, die in diesem Bereich ausbauen, nicht helfen, die Zukunft zu gestalten, sondern das Gegenteil tun?

(Ralf Witzel [FDP]: Nichts wird gekürzt! Das bleibt gleich!)

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Kollegin Gödecke, natürlich finden in dem Gesamtkomplex zwischen einzelnen Positionen Umschichtungen statt.

(Bodo Wißen [SPD]: Das hörte sich aber schon einmal ganz anders an!)

Ohne jetzt in dieses Detail zu gehen, weil das eine Fachdiskussion ist, zu der ich an dieser Stelle nichts beitragen möchte, kann ich feststellen, dass diese Landesregierung insgesamt natürlich mehr Geld für Bildung, für Jugend und für Sicherheit in diesem Lande ausgibt.

Da wir bekanntermaßen über 2010 hinaus regieren werden, benötigen wir auch eine Perspektive, anstatt – wie Sie – verbrannte Erde zu hinterlassen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit dieser Finanzpolitik und diesem Finanzminister ge-

winnen wir auf jeden Fall eine Zukunft, von der Sie noch nicht einmal zu träumen gewagt hätten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Petersen. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Dr. Orth zu Wort gemeldet.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Walsken, mein Fazit der heutigen Debatte ist: Wir wussten schon vorher, dass Sie in Ihrer Regierungszeit gescheitert sind. Jetzt sind Sie aber auch als Oppositionspolitikerin eindeutig gescheitert.

(Beifall von FDP und CDU)

Erstens. Sie haben sich hierhin gestellt und erklärt, Sie wollten natürlich das Geld dem Pensionsfonds zuführen – aber jetzt nicht mehr; das hätten Sie damals gewollt. Was man damals schon für gut befunden hat, kann man heute auch machen, anstatt aus reiner Opposition dagegen zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweitens. Anscheinend haben wir ein total verschiedenes parlamentarisches Verständnis. Als wir in der Opposition waren, haben wir Anträge formuliert, Vorstellungen vorgebracht, Ziele definiert und gesagt, wie wir uns das Ganze besser vorstellen würden und wie es sicherlich auch besser gewesen wäre. Sie hingegen führen hier allen Ernstes aus, es sei nicht Ihre Aufgabe, vorzuschlagen, wie man es machen solle; dafür gäbe es eine Regierung.

Frau Walsken, dazu kann ich nur Folgendes sagen: Dann geben Sie Ihr Mandat zurück. Dann haben Sie hier nichts verloren, meine Damen und Herren. – Ich wünsche einen schönen Tag.

(Beifall von FDP und CDU – Martin Börschel [SPD]: Frau Walsken ist von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, und zwar direkt – anders als Sie!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Dr. Linssen zu Wort gemeldet.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich hier die Beschwörungen der SPD höre, mit denen Sie versuchen, am Bild des Finanzmi-

nisters herumzumäkeln, erinnere ich mich an das, was ich mir in 25 Jahren Opposition manchmal auch im stillen Kämmerlein oder in Arbeitsgruppen überlegt habe.

(Martin Börschel [SPD]: Als Oppositionsführer sind Sie damals ja gescheitert! Das war ja nichts!)

Ich kann mir vorstellen, wie es in der Werkstatt der SPD in den letzten Monaten ausgesehen hat. Man hat dort zusammengesessen und gesagt: Verdammt noch mal, dieser Finanzminister läuft zu unangefochten durch die Gegend. Was können wir denn machen?

(Martin Börschel [SPD]: War das bei Ihnen damals so?)

– Natürlich gab es bei Ihnen auch mal Minister, an die wir nicht so richtig drankamen. – Sie haben sich also überlegt, wie Sie dem Finanzminister noch ein bisschen am Zeug flicken können.

Herr Sagel hat dann das Bild vom Finanzminister in der Hängematte erfunden. Fragen Sie einmal meine Frau, was sie davon hält!

(Heiterkeit von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Frau Walsken meint: Die Pickelhaube rostet; es läuft nicht so gut; das ist alles unseriös; das Bild des ehrbaren Kaufmannes bekommt Risse.

Machen Sie nur weiter so! Bilder, die Sie wählen, müssen auch stimmen. Sie müssen draußen akzeptiert werden. Mit dem, was Sie tun, werden Sie keinen Erfolg haben; denn bei uns läuft es einfach zu gut. Ich weiß, wie sehr Sie das ärgert.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weiß, wie es Sie ärgert, dass wir zum Beispiel über 100 Millionen € mehr in das KiBiz stecken und trotzdem die Konsolidierung vorantreiben. Das ist ja nur ein Punkt. Natürlich ist es für jede Opposition furchtbar, wenn zu der Sanierungsarbeit der Regierung dann auch noch das Glück kommt, vermehrte Steuereinnahmen zu haben. Das ist für die Opposition in der Tat der schlimmste GAU, den sie überhaupt erleiden kann.

(Beifall von der CDU)

So geht es Ihnen. Deshalb kann ich das verstehen. Der ganze Frust spricht aus Ihnen, wenn Sie hier immer versuchen, Ihre Bilder zu zeichnen, die mit der Realität nun einmal nichts zu tun haben.

(Beifall von der CDU)

Ich würde aber gerne auch noch auf ein paar Fakten eingehen. Die Kollegen haben es schon gesagt. Ich freue mich auch, dass das von CDU und FDP schon angesprochen worden ist. Man kann es aber nicht oft genug wiederholen. Deshalb tue ich das gerne noch einmal.

Sie meinen ja, dass wir nur von den Steuermehreinnahmen leben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, klar! Sonst machen Sie ja nichts!)

– Dann hören Sie einmal gut zu. Im Jahre des Herrn 2005 hatten wir 34,7 Milliarden € Steuereinnahmen. Jetzt haben wir 39,9 Milliarden €. Das sind 5,2 Milliarden € mehr Steuereinnahmen.

Davon haben wir die Verschuldung von 6,7 Milliarden € auf sage und schreibe 2,3 Milliarden € im Jahre 2007 reduziert. Das sind nach Adam Riese 4,4 Milliarden € 4,4 Milliarden € von den 5,2 Milliarden € haben wir allein zur Rückführung der Nettoneuverschuldung verwendet.

(Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, nehmen Sie jetzt bitte Ihre Zahlen. Das tut Ihnen weh. Trotzdem wiederholen wir sie jetzt zum dritten Mal, damit Sie es endlich kapieren. 1995 hatten Sie 33,4 Milliarden € Steuereinnahmen und 2000 37,8 Milliarden €. Das macht nach Adam Riese 4,4 Milliarden € mehr Steuereinnahmen.

Was haben Sie damit getan? – Sie haben alles – alles! – für den Konsum ausgegeben und zusätzlich 0,3 Milliarden € mehr Nettoneuverschuldung aufgenommen. Bei 4,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen haben Sie also insgesamt 4,7 Milliarden € zusätzlich in den Konsum gesteckt – in neue Programme, in Leuchttürme, die hier schon zu Recht erwähnt worden sind – und nichts zur Konsolidierung beigetragen.

Das ist der Unterschied zu dem, was wir hier in diesem Land erbringen. Die Menschen merken das auch. Und das tut Ihnen weh; ich weiß es.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Das tut ihnen, den Menschen, weh! Da haben Sie endlich einmal etwas Richtiges gesagt!)

Für die Haushaltsberatungen würde ich Ihnen gerne etwas empfehlen – wenn ich mir erlauben darf, dem Parlament etwas zu empfehlen; bei Teilen des Parlaments würde ich das aber doch gerne tun.

(Martin Börschel [SPD]: Als gescheiterter Oppositionsführer?)

Frau Walsken, in einer Pressemitteilung vom gestrigen Tag erheben Sie in Bezug auf den gestrigen von mir vorgestellten Haushaltsentwurf 2008 folgenden Vorwurf – ich zitiere –:

„Auch das Versprechen, die Personalausgaben zu senken, werde von der Regierung Rüttgers gebrochen. ‚Die Personalausgaben in Nordrhein-Westfalen steigen 2008 im Vergleich zum Haushaltsplan 2007 nochmals auf 19,3 Milliarden € an‘, kritisierte Walsken.“

Sie beklagen also, dass wir ab 1. Juli nächsten Jahres 2,9 % mehr für die Beamten ausgeben. Das erklären Sie bitte einmal der Öffentlichkeit,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir nach drei Jahren für ein halbes Jahr jetzt eine lineare Erhöhung konzidieren und

(Gisela Walsken [SPD]: So läuft das nicht!)

sie veranschlagt haben.

Frau Löhrmann sagt zum gleichen Sachverhalt: 1 Milliarde € hat das Land trotz gegenteiliger Versprechungen des Ministerpräsidenten bei der Besoldung des Personals eingespart. Das heißt, sie beklagt, dass wir im Grunde genommen zu wenig für das Personal gegeben haben. – Sie beklagen genau das Gegenteil. Versuchen Sie doch, das einmal irgendwie auf die Reihe zu kriegen! Sie beklagen dauernd, wir machten zu viele Schulden. Dann verlangen Sie in jeder Debatte pausenlos erhöhende Tatbestände. Gucken Sie sich einmal Ihre Anträge an!

(Martin Börschel [SPD]: Wir messen Sie an Ihren eigenen Ansprüchen, an denen Sie gescheitert sind!)

Sie müssen einmal versuchen, das irgendwie auf die Reihe zu kriegen. Ein Haushalt ist immer ein Gesamtkunstwerk, Herr Börschel. Das wissen Sie.

(Edgar Moron [SPD]: Ein Künstler ist er! – Martin Börschel [SPD]: Ein Nachwuchskünstler!)

Da müssen Sie erst einmal hinkommen.

Frau Walsken, Ihre Frage zum Pensionsfonds will ich auch gerne beantworten. Warum machen wir es jetzt? – Wir machen es, weil wir natürlich durch die sehr gut gestiegenen Steuereinnahmen des Jahres 2007 den Spielraum haben. Wir investieren jetzt zum ersten Mal, wo wir es können, in den Pensionsfonds, in die Versorgung unserer Beamten, für die Sie ja praktisch nichts gemacht haben, außer den 160 Millionen €. Sonst haben Sie ja

nichts gemacht, gar nichts. Wir investieren in diesem Jahr da, und im nächsten Jahr investieren wir in die Unternehmensteuerreform. Natürlich, das sind im nächsten Jahr 0,8 Milliarden €, die wir an Minus veranschlagen müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind ein Performancekünstler!)

Das tut Ihnen auch weh, weil wir nämlich trotz dieser ganzen Operation im nächsten Jahr eine fallende Nettoneuverschuldungskurve hinkriegen. Natürlich, Herr Börschel, das macht uns und Ihnen ganz besonders viel Freude,

(Martin Börschel [SPD]: Das ist das, was wir wollen!)

dass wir ständig die Konsolidierung vorantreiben können.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Börschel, Sie haben damit angefangen und als Hauptpunkt den Länderfinanzausgleich angesprochen. Das nehme ich furchtbar gerne auf. Ja, es ist richtig: Die Finanzkraft ist rückläufig. Sie ist rückläufig seit 1995. Ich habe hier eine Tabelle. Da hatten wir eine Finanzkraft von ungefähr 107 % des Durchschnitts in Deutschland. Sie hatten das dann mittlerweile heruntergewirtschaftet auf irgendetwas um die 101 % in Ihrer Zeit bis 2005.

Die Finanzkraft ist Ausdruck der Wirtschaftskraft eines Landes. Die Wirtschaftskraft war im Verlaufe Ihrer segensreichen Tätigkeit hier von knapp 104 % auf ungefähr 99,2 % zurückgegangen, das heißt unterdurchschnittlich. Bei uns geht es so an der Linie entlang. Wir geben uns jede Mühe – Sie werden das in dieser Legislaturperiode auch noch erleben –, die Wirtschaftskraft des Landes zu steigern.

Dass in diesem Jahr auch die Bayern und die Baden-Württemberger relativ eine geringere Finanzkraft haben, liegt vor allen Dingen daran, dass die Hessen in diesem Jahr in ihren Steuereinnahmen wegelaufen, wie man es überhaupt nicht für möglich gehalten hätte.

(Zurufe von Martin Börschel [SPD] und Gisela Walsken [SPD])

Dadurch fallen die Bayern, die Baden-Württemberger und auch wir ein bisschen zurück. Aber ich kann Ihnen sagen: Auch im ersten Vierteljahr – hören Sie doch einmal zu, Herr Börschel! – liegen wir ganz geringfügig über dem vorigen ersten Vierteljahr, also dem des Jahres 2006. Das vielleicht nur zu Ihrer Beruhigung.

Im Übrigen müssen wir den Länderfinanzausgleich im Auge haben. Damit Sie nicht das Gefühl haben, wir zahlen da nur für andere Länder irgendetwas um die 150 Millionen € ein, darf ich Ihnen sagen, dass wir bei der Mehrwertsteuer einen riesigen Beitrag für die anderen Länder leisten. Wir leisten im Jahre 2006 2,6 Milliarden €, weil sie eben nicht nach Kopfbzahl verteilt wird. Das wird in diesem Jahr mit Sicherheit noch höher werden. Das nur zum Verständnis. Wenn Sie mit Kollegen aus anderen Ländern sprechen, sollten Sie natürlich auch diesen Solidarausgleich des Landes Nordrhein-Westfalen immer im Auge haben.

Aber wir müssen die Entwicklung der Finanzkraft und den Länderfinanzausgleich im Blick haben – so schön wie es ist, wenn man 150 Millionen € zusätzlich hat, weil man weniger bezahlt. Das ist auf den zweiten Blick sicherlich eine sehr genau unter die Lupe zu nehmende Entwicklung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, ich möchte Sie darauf hinweisen: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie können das aber nicht sehen, weil wir Ihnen fünf Minuten zusätzlich gewähren konnten, ohne dass Sie es auf dem Pult sehen konnten. Wir wären Ihnen aber jetzt sehr dankbar, wenn Sie zum Schluss Ihrer Rede kommen würden.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Dann komme ich jetzt zum Schluss.

Vor allem der Kollege Sagel wird ja nicht müde, immer die exorbitante Verschuldung des Landes nach vorne zu bringen.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Das hat er schon früher immer gemacht!)

– Ja, bei manchen fängt das Bewusstsein ab 2005 erst an. Das habe ich auch festgestellt.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Bei Ihnen hört es da auf!)

Von den 116 Milliarden € Schulden, die wir haben, haben wir 110 Milliarden € übernommen.

(Zuruf)

– Ja, ich habe die Nettosumme genommen. Wir haben im Jahre 2006 3,2 Milliarden € dazulegen müssen. Wir kamen von 6,7 Milliarden €. Im Jahre 2007 werden es voraussichtlich 2,3 Milliarden € werden. Im Jahre 2008 werden es voraussichtlich unter 2 Milliarden € sein.

(Beifall von der CDU – Martin Börschel [SPD]: Schöne Dramaturgie!)

Natürlich können Sie sagen, das ist immer noch nicht schnell genug, aber wir sagen Ihnen: Wir sind auf einem sehr guten Kurs. Darin von der Opposition begleitet zu werden, wäre natürlich ein zu großer Wunsch.

(Martin Börschel [SPD]: Wir begleiten Sie doch!)

Trotzdem sehe ich natürlich den Beratungen zum Nachtragshaushalt – vor allen Dingen Ihren Sparvorschlägen – mit großem Interesse entgegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Walsken zu Wort gemeldet.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es reizt mich natürlich schon, hier doch noch einmal ein paar Worte zu sagen, insbesondere da wir ja auch viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal haben. Es ist mir schon wichtig, klarzumachen, dass Herr Dr. Linssen nicht sagen kann, die Opposition erfinde Gott weiß was für Begriffe für ihn und tituliere ihn, und das sei alles Giftwerk der Opposition.

Der „eiserne Helmut“ ist eine Erfindung der „Bild“-Zeitung. Und ich sage einmal: Das Bild mit der Pickelhaube kommt auch daher.

Der „Eiserne Helmut“ ist mittlerweile ein Synonym für einen Finanzminister, der sich Großes vorgenommen hat, aber offensichtlich zurzeit nicht weiterkommt. Das können sie heute nicht nur in der „Bild“-Zeitung nachlesen, meine Damen und Herren, sondern auch in der „Westfälischen Rundschau“, in der „Westfalenpost“, in der „Neuen Westfälischen“ und in einigen anderen. Dieser Begriff hat die Presselandschaft geprägt. „Der ‚ehrliche Kaufmann‘

(Zuruf von der SPD: Das ist sein eigener Begriff!)

(Eigenwerbung)“ heißt es in der „NRZ“ von heute, lieber Herr Kollege Linssen. Das ist Ihr Bild. Das war eine Ihrer ersten Pressekonferenzen, in denen Sie sich das Image des „ehrlichen Kaufmanns“ angeheftet haben. Ehrbar! Ehrlich ehrbar! Auch alle Abwandlungen haben wir in der Presse gelesen. Wir haben schon in den Haushaltsberatungen Ende des Jahres 2005 gesagt, das ist nicht ehrlich, was er da verkauft; denn er geht hin und rechnet systematisch die gute Konjunktur und

die anziehenden Steuereinnahmen herunter. An der Stelle haben wir Ihnen das schon widerlegt. Aber der Begriff, meine Damen und Herren, kommt von Ihnen, aus Ihrem Hause, Herr Finanzminister, aus Ihrer PR-Abteilung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, haben Sie Zeit für eine Zwischenfrage des Kollegen Schartau?

Gisela Walsken (SPD): Na klar, immer!

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Schartau.

Harald Schartau (SPD): Frau Kollegin Walsken, teilen Sie meine Einschätzung, dass der Herr Finanzminister ein deutsches Sprichwort missverstanden hat, und zwar das Sprichwort, dass man dann, wenn die Sonne scheint, das Dach decken soll, und er es umgewandelt hat in „Wenn die Sonne scheint, muss man kleinere Löcher ins Dach reißen“?

(Heiterkeit von der SPD)

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege, das teile ich uneingeschränkt. Das ist ein schönes Bild. Wir sollten überlegen, ob wir für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2008 an diesem Haus noch ein bisschen arbeiten. Herzlichen Dank, sehr gerne!

(Unruhe von CDU und FDP)

Herr Kollege Schartau, Sie haben heftige Diskussionen in den Koalitionsfraktionen damit hervorgeufen. Es ist ein schönes Bild.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einige Minuten. Deshalb möchte ich gerne auch unseren Zuhörerinnen und Zuhörern deutlich machen, dass auch wir die Zahlenspiele beherrschen. Lassen Sie mich deshalb das Zahlenspiel Neuverschuldung machen.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Sagen Sie doch mal, was Sie machen wollen!)

– Ganz friedlich, Herr Dr. Orth! Das wird jetzt ganz spannend.

Als im Mai 2005, mit Amtsübernahme im Juni 2005, diese Landesregierung ins Amt gewählt wurde, betrugen die Schulden 103 Milliarden €, und das nach einer Phase, meine Damen und Herren, als wir über neun Steuerschätzungen fünf Jahr lang drastisch sinkende Steuereinnahmen

hatten und als die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen – jetzt wird es mir ernst, weil Sie an der Stelle unseriös sind, Herr Finanzminister – im Haushalt 2003/2004 riesige Sparanstrengungen für diesen Landeshaushalt eingebracht hat, indem sie auf Teile des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes verzichtet hat und mehr arbeiten musste – eine Sparoperation in Höhe von 1 Milliarde €, die Sie hier noch bringen müssen. Wenn Sie das niederreden, dann nehme ich Ihnen das persönlich übel, Herr Finanzminister; denn das war eine Sparanstrengung, die die Bevölkerung in diesem Lande erbracht hat, weil zu dieser Zeit die Steuereinnahmen so drastisch einbrachen, dass eine derartige Sparoperation notwendig war. Wenn Sie dann sagen, die alte Regierung habe nichts dazu beigetragen, dann beschädigen Sie das, was die Menschen, die Beamtinnen und Beamten in diesem Land, mit ihrem Verzicht auf Geld geleistet haben. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, ich darf kurz darauf hinweisen, dass die Redezeit schon überschritten ist.

Gisela Walsken (SPD): Entschuldigung, ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Wir stehen heute, Herr Finanzminister – das Zahlenspiel beherrschen auch wir –, bei 118 Milliarden € Schulden. Das heißt, Sie haben zwei Jahre gebraucht, trotz deutlich steigender Steuereinnahmen, um die Neuverschuldung von 103 auf 118 Milliarden €, also um 14 % zu steigern. Deshalb sage ich: Die Presse hat recht, wenn sie sagt: Helmut im Glück, aber der Eiserne Helmut hat Rostflecken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Dr. Robert Orth [FDP]: Was wollen Sie denn machen? – Gisela Walsken [SPD]: Hören Sie doch einmal zu! – Unruhe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die Fraktion der FDP hat sich der Kollege Witzel noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Witzel, Sie haben das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, um einen falschen Eindruck meiner geschätzten Kollegin Gödecke zu den Ganztagsmitgliedern nicht unkommentiert im Raum stehen zu lassen.

Sie haben durch Ihre Bemerkung deutlich gemacht, hier würde bei den Mitteln für den Ganztagsausbau gekürzt.

(Carina Gödecke [SPD]: Für die Ganztagsgrundschulen habe ich gesagt!)

Sie wissen sicherlich, der Eindruck, der momentan gerne von Rot-Grün im Land verbreitet wird, ist falsch. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Sie wissen, dass wir einen absolut konstanten Haushaltsansatz haben, dass sich im Vergleich zu Ihrer Beschlussfassung, was die investiven Mittel angeht, nichts geändert hat; wir sind ja beim Bau der Infrastruktur, was Sie meinen. Da hat unsere Koalition der Erneuerung dieselben Haushaltsansätze, mit denen auch Sie von Rot-Grün damals operiert haben. Warum ist das so? – Das ist deshalb so, weil wir hier quasi einen durchlaufenden Posten haben, der von dem Bund kommt. Das war nämlich noch das alte schrödersche Wahlgeschenk der Bundestagswahl 2002, das ab Anfang 2003 zur Auszahlung kommt

(Carina Gödecke [SPD]: Erzählen Sie doch nichts!)

und dementsprechend bei uns im Landeshaushalt etatisiert wird, auch weiter distribuiert wird für die Kommunen, aber letzten Endes in der Mittelaufbringung für die investiven Mittel Geld des Bundes ist.

Das Ganze wird sehr interessant, wenn man sich das anschaut. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Schulgesetzes habe ich mir von der Bundesregierung – immerhin unter SPD-Beteiligung, und zwar von Ihrem Parlamentarischen Staatssekretär Karl Diller aus Trier, dem Sie ja vertrauen werden – die Rechnung zukommen lassen, wie viele Mittel basierend auf den Antragsvorhaben zumeist Ihrer Regierungsverantwortung insgesamt in den knapp vier Jahren, von 2003 bis Herbst 2006, entsprechend abgerufen worden sind. Karl Diller teilt mit: Das sind bis Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes und damit auch der haushaltsrelevanten Maßnahmen der Koalition der Erneuerung 36 % gewesen.

(Carina Gödecke [SPD]: Herr Witzel, lassen Sie es! Lesen Sie die Vorlage des Innenministeriums!)

Die Unterlage der Kommentierung der Einzelpläne 30 und 60 des Bundes stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung. Also etwas mehr als ein Drittel an Mittelabruf innerhalb von vier Jahren.

Dann haben wir als Koalition der Erneuerung etwas Entscheidendes gesagt: Die Gelder werden zu wenig abgerufen, weniger als in anderen struk-

turell vergleichbaren Ländern, weil das, was das Land an Qualität auf der pädagogischen Seite, beim Lehrpersonal tut, nicht ausreicht. Zu Beginn Ihres rot-grünen Projekts „Offene Ganztagsgrundschule“ haben die Eltern aufgrund der viel zu geringen Personalmittel – 1-Euro-Jobber, 400-€-Jobs für den Nachmittagsbereich, die als reine Betreuung vergeben worden sind – gesagt: „Das ist ein reines Verwehrprogramm ohne genügend individuelle Förderung für mein Kind“, sodass die Nachfrage nicht gegeben war.

Aus Verantwortung für eine bessere individuelle Förderung und für mehr Qualität im Ganztags haben wir, die Koalition der Erneuerung, mehr Personal, mehr Qualität, einen höheren Lehrerschlüssel ins System gegeben, damit wir den Ganztags nicht nur auf dem Papier vorhalten, wie Sie das bis zu Ihrer Abwahl gemacht haben, sondern in diesem Bereich qualitätsorientierte Angebote stattfinden können.

Wir haben zugleich das Versprechen gegeben – das haben Sie in der Vergangenheit abgelehnt –, den Schulen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld tätig sind, über den Sozialindex bevorrechtigt zusätzliche Personalressourcen zu geben, und das auch realisiert.

Durch diese Qualitätsverbesserung von Schwarz-Gelb ist die Nachfrage zum Ausbau der Ganztagsinfrastruktur stark angestiegen,

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist Quatsch! Herr Witzel, jetzt ist es aber gut!)

sodass im Haushalt die absoluten Beträge an Investitionsmitteln des Bundes, die wir – genauso wie Sie früher – weiterleiten, überzeichnet sind. Wenn ein über Jahre konstanter Ansatz auf eine höhere Nachfrage stößt, sinkt die prozentuale Quote, die bei jedem einzelnen geförderten Projekt ankommt.

Wir haben zugesagt, dass, wenn vor diesem Hintergrund nicht alle angemeldeten beantragten Projekte tatsächlich realisiert werden, kein einziger Euro, kein einziger Cent der Mittel verfällt. Wir werden nachbewilligen. Aber aus Gründen der Planungssicherheit für die Kommunen und aus Vorsichtsgründen können wir zunächst einmal nur das zur Verfügung stellen, was nach unserem ganzheitlichen Konzept der Personalverbesserung bei einer stark explodierenden Nachfrage zur Verfügung gestellt worden ist.

(Zuruf von der SPD: Wir reden über einen Nachtragshaushalt!)

Das ist der entscheidende Punkt. Wir haben mit unserem ganzheitlichen Ansatz nicht gesagt,

Ganztag findet in der Grundschule statt, ist aber mit dem zehnten Lebensjahr beendet. Sie dagegen haben die Horte geschlossen, sodass keine Nachmittagsangebote mehr für 14-Jährige da waren.

(Martin Börschel [SPD]: Thema verfehlt! Sie haben die falsche Platte aufgelegt!)

Wir jedoch machen eine ganzheitliche Ganztagskonzeption: Grundschule, Hauptschule. Sie kennen unser Versprechen, zukünftig den Ganztagsausbau im Bereich der Realschulen und Gymnasien weiter voranzutreiben und nicht nur die Gesamtschulen zu bevorzugen, um für Chancengleichheit und Fairness zwischen den Schulformen zu sorgen.

Wenn sich Kommunen vor dem Hintergrund verlässlicher Perspektiven für den Ganztagsausbau, von mehr Qualität, von 2.400 zusätzlichen Stellenäquivalenten für den Ganztag im Personalbereich in der Schlussphase des Projekts entscheiden: „Das, was von Schwarz-Gelb kommt, ist attraktiv; jetzt melden wir uns verstärkt“, dann sind bei den vielen Anträgen auf Bauinvestitionen unter dem Strich die Quoten pro Projekt etwas andere – bei konstantem Ansatz.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie nehmen Geld weg! Kollege Petersen hat es gesagt, es wird verschoben!)

Eines will ich abschließend noch dazu sagen: Ich halte die von uns im Haushalt vorgenommenen Schwerpunktsetzungen für alternativlos, wenn Sie an den Armutsbericht der letzten Tage denken und daran, dass Sie uns die Situation hinterlassen haben, dass in keinem anderen Bundesland Bildungschancen so vom Elternhaus, von der sozialen Herkunft, abhängen wie in Nordrhein-Westfalen zu Zeiten Ihrer Regierung.

Wir sehen in dem qualitätsorientierten Ganztag nicht nur für die Grundschulen, sondern auch für den weiterführenden Bereich große Chancen und Perspektiven. Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, akzeptiere ich nicht, dass insbesondere die Grünen – stärker als die SPD – permanent neue Anträge ins Plenum einbringen, die unter dem Strich Mehrausgaben bedeuten.

(Beifall von der FDP)

Das kennen wir von jedem Plenartag. Sie versprechen jedem alles in diesem Land. Sie haben sich als Grüne von Hartz verabschiedet. Die SPD ist wenigstens noch so ehrlich und steht dazu, auch wenn es schwierig war. Das rechne ich Ihnen auch hoch an. Sie haben sich nicht nur bei Ihren klassischen Wählern, wie man heute sieht,

damit beliebt gemacht, dass Sie notwendige Beschlüsse gefasst haben. In der Retrospektive ist auch Schröder der Mut nicht abzusprechen, hier einmal neu zu denken – gar keine Frage. Die Grünen sind längst abgesprungen, haben mit Hartz nichts mehr zu tun. Das ist für die wahrscheinlich nur noch Armut per Gesetz.

Es werden immer neue Steuern – Ökosteuer, Energiesteuer – beschlossen. So viel zur Einnahmeseite, Herr Sagel. Wenn anschließend die Kosten explodieren, sagen Sie: Man kommt noch schlechter mit dem Geld hin; wir müssen die Regelsätze erneut erhöhen. Außerdem wollen Sie sämtliche Zielgruppen von Rundfunkgebühren befreien. Es handelt sich immer nur um Vorschläge – bis hin zu namentlichen Abstimmungen –, die die Allgemeinheit mehr Geld kosten.

Auf der einen Seite mobilisieren sie überall vor Ort die Presse, was Sie an sozialen Wohltaten auskehren. Wenn wir sagen, wir machen das nicht, kritisieren Sie das. Auf der andern Seite vergießen Sie bei Haushaltsberatungen immer Krokodilstränen und beklagen: Es wird nicht genügend gespart; es wird zu viel Geld ausgegeben; wir wollen konsolidieren. – Wenn wir nach Ihren Vorschlägen fragen, antworten Sie: Wir haben keine, aber dafür sind wir in der Opposition. – Das ist mir wirklich zu billig.

(Beifall von FDP und CDU – Martin Börschel [SPD]: Der Dank an den Minister fehlt auch noch!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die CDU hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Klein zu Wort gemeldet.

Volkmar Klein (CDU): Meine Damen und Herren! Eine Zeile muss ich noch richtigstellen. Ich verstehe zwar, dass Frau Kollegin Walsken ganz zweifelt auf der Suche nach irgendwelchen Strohhalmen ist, um dem Finanzminister irgendwo am Zeug zu flicken, aber sie hat sich zu der Behauptung verstiegen, in der Zeit von Finanzminister Linssen wären die Schulden von 103 auf 118 Milliarden € gestiegen.

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: In den Jahren 2006 und 2007, in denen dieser Finanzminister Verantwortung hatte, lag die Neuverschuldung im Jahr 2006 bei 3,2 Milliarden €, und für das Jahr 2007 werden wir mit diesem Haushalt eine Verschuldung von 2,3 Milliarden € beschließen. Das addiert sich vermutlich auf 5,5 Milliarden €

Wenn Frau Kollegin Walsken versucht, zu insinieren und aus dem Jahr 2005 hinzuzählen möchte, was wir an katastrophaler Finanzpolitik aufgedeckt haben, dann ist das sein sehr durchsichtiger, aber auch unanständiger Versuch.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Mit diesem Entwurf des Nachtragshaushalts kommen wir unserem Ziel wesentlich näher, etwas gegen Verschuldung zu tun. Wir haben das deutlich gemacht. Es wurde so deutlich, dass beispielsweise Herr Kollege Sagel schon das Weite gesucht hat. Er kann die Wahrheit nicht ertragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir packen die explizit auf dem Papier stehende Staatsverschuldung an. Gleichzeitig tun wir auch etwas gegen die latente Verschuldung durch die Pensionszusagen. Das ist ein guter Schritt für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Es meldet sich auch niemand mehr zu Wort. Danke schön. Damit sind wir am Schluss der Beratungen angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 14/4460** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

6 Faire Sportgeräte für einen fairen Sport

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4479

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Becker von der SPD-Fraktion das Wort.

Andreas Becker^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Faire Sportgeräte für einen fairen Sport“ haben wir unseren Antrag überschrieben. Wir hätten ihn aber auch anders nennen können, etwa „den Worten auf G8- und anderen Gipfeln Taten folgen lassen“ oder auch „Konsequenzen aus Sonntagsreden leicht gemacht“.

Es geht uns mit diesem Antrag darum, dass wir das durchdeklinieren und für einen Bereich zu Ende zu denken, was wir alle in diesem Hause zu

Recht als Ziel formulieren, nämlich den Kauf von Produkten zu umgehen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert werden. In diesem Fall geht es um Sportgeräte.

Herr Hermann Reh leitet einen sogenannten Weltladen. In manchen Regionen wird auch von Eine-Welt-Läden gesprochen. Ich räume gern ein, dass ich vor seinem Besuch in unserer Fraktion nicht gewusst habe, dass weltweit acht von zehn Fußbällen unter Bedingungen hergestellt werden, die es einer Familie nicht ermöglichen, ohne Kinderarbeit satt zu werden. Ich habe auch nicht gewusst, dass es ähnlich wie bei Kaffee oder Schokolade schon möglich ist, den Kauf solcher Produkte zu umgehen; denn es gibt inzwischen ein ausreichend breites Angebot fair hergestellter Sportgeräte.

Jetzt weiß ich es; jetzt wissen wir es. Ich halte es daher für unsere Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die öffentliche Hand und öffentlich geförderte Institutionen ihrer besonderen Verantwortung in dieser Frage gerecht werden können.

Wir haben inzwischen auch erfahren, dass die fair hergestellten Produkte zwar teurer sind als die Billig- und Werbebälle aus den Discountern, in Qualität und Preis den Vergleich mit Produkten der bekannten Sportartikelhersteller aber nicht scheuen müssen. Im Gegenteil.

Bei der Vorbereitung auf diese Rede habe ich mich bemüht, herauszufinden, über welche finanzielle Größenordnung wir bei der Frage des Kaufs von Sportgeräten überhaupt reden – leider ohne Erfolg. Weder Städtetag noch der Landessportbund konnten mir belastbare Zahlen nennen, jedenfalls nicht, ohne dass dies zu einem enormen Arbeitsaufwand geführt hätte.

Der Fachbereich „Schule und Sport“ meiner Heimatstadt Recklinghausen konnte mir aber einen Anhaltspunkt liefern. Unberücksichtigt von der Erstausrüstung neuer Sportstätten und ohne Berücksichtigung zusätzlicher Ausgaben der Sportvereine gibt die Stadt Recklinghausen pro Jahr rund 120.000 € für Sportgeräte aus. Das entspricht in etwa 1 € pro Einwohner und Jahr.

Nun weiß ich auch, dass nicht jeder Euro für Sportgeräte in Fuß-, Hand-, Basket- oder Volleybälle investiert wird. Ich weiß auch, dass sich die Formel 1 € pro Einwohner und Jahr nicht auf das ganze Land Nordrhein-Westfalen übertragen lassen wird. Dann würden wir über ein Volumen von mehr als 18 Millionen € reden. Ich bin mir aber schon sicher, dass wir insgesamt über einen nen-